Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 6/8, durch die Post und durch Kolporteure zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mk. 2,50, pro Woche 20 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 8170.

Telephon Nr. 1206.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Nr. 10. Freitag, den 13. Januar 1905. 16. Jahrgang.

Calbe-Aschersleben.

Im Wahlkreise des so jäh aus dem Leben geschiedenen Genossen Albert Schmidt tobt seit heute früh die Entscheidungsschlacht um das Mandat zum Reichstag. Es gilt, einem der unangenehmsten Vertreter der verräterischen Nationalliberalen eine empfindliche Niederlage zu bereiten. Unsere Genossen erblicken eine Ehrenpflicht darin, den deutschen Reichstag von Elementen freizuhalten, die durch ihre volksfeindliche Gesinnung einerseits und durch ihr unanständiges Verhalten andererseits nicht würdig sind, ihm anzugehören.

In dem Major a. D. und Kaufmann Placke, über den heute die Wählerschaft von Calbe-Aschersleben zu Gericht sitzt, verkörpert sich jene Gruppe von Nationalliberalen, die sich seit Beginn ihres Niederganges in allen häßlichen und gemeingefährlichen Neigungen gleich geblieben sind. Placke trat im Wahlkampfe 1903 nicht nur für den Zolltarif ein, sondern auch für die Erhöhung des Gerstenzolls, der gerade in jenem Wahlkreise hunderten von kleinen Leuten, ebenso wie die durch Placke befürworteten Zölle auf Futtermittel erheblichen Schaden bringen müssen. Placke war es, der seiner Zeit, den bürgerlichen Handelsvertragsverein zu dem Schmerzensruf provozierte: „Gott schütze uns vor solchen Handelsvertragsfreunden, mit den aufrichtigen Handelsvertragsfeinden werden wir schon fertig werden.“

Placke war es, der damals im Namen der Nationalliberalen dem berüchtigten Gewaltstreich der Zöllner, dem Antrag Kardorff, seinen Segen erteilte. Placke war es, der damals wie diesmal mit den Mitteln eines Eugen Richter, mit Fälschungen, Verleumdungen und persönlichen Beschimpfungen um das Mandat stritt. Placke war es, der sich nicht einmal scheute, auf seine berühmte Ohrfeigen-Affäre stolz zu sein und in Wahlversammlungen Witzchen darüber zu machen. Placke, dieser deutsche Syveton war es, der offen verriet, daß auch die Nationalliberalen nicht vor einem Attentat auf das Reichstags-Wahlrecht zurückschrecken würden, Placke war es, der dafür eintrat, daß die Arbeiter erst mit dem 30. Jahre wahlberechtigt sein sollten, er war es, der offen den Staatsstreich predigte, als er seiner Zeit sagte, daß das Wahlrecht in einem letzten Verzweiflungskampfe des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie revidirt werden würde.

Dieser Vertreter des extremsten Flügels der Nationalliberalen bewirbt sich jetzt wieder um das Mandat, das unsere Genossen ihm am 16. Juni 1903 verdientermaßen entrissen. Auch diesmal wieder sind seine Mannen vor den erbärmlichsten Kampfesmitteln nicht zurückgeschreckt. Neben den üblichen Verleumdungen unserer Partei, die jeder Wahlkampf mit sich bringt, brachten diesmal die Flugblätter der Plackeaner unter anderem auch die, daß wir für die Feinde des Reiches arbeiteten, daß wir für die Hottentotten in Afrika seien, daß wir den Franzosen in ihren Rachegelüsten gegen Deutschland neue Nahrung zukommen ließen, daß wir eifrig daran seien, Elsaß-Lothringen den Franzosen zurückzugeben und daß wir Vaterlandsfeinde seien, weil wir — gegen das gemeingefährliche Knuten-Regiment in Rußland eintreten, weil wir das schamlose Buhlen Deutschlands um die Gunst der Kosaken gebührend brandmarken. Damals wie heute verschmähte dieser Typus eines Nationalliberalen es nicht, uns zu verleumden, indem er wider besseres Wissen behauptete, die Sozialdemokraten seien für Zollfreiheit für Hummern, Austern und Kaviar eingetreten. Er war es, der im Wahlkampf 1900, als man den Genossen Albert Schmidt wegen Majestätsbeleidigung drei Jahre ins Gefängnis gesteckt, in unritterlichster Weise byzantinische Verhetzung betrieb, der es zuließ, daß seine Leute dem § 95 Huldigungen darbrachten, daß sie den Kampf zu einem persönlichen gegen den im Gefängnis sitzenden „Majestätsverbrecher“ herabwürdigten. Mit den Mitteln der byzantinischen Verhetzung erschlichen sich seine Getreuen damals den Sieg, wofür sie drei Jahre später um so empfindlicher abgestraft wurden. Mit 20,261 gegen 16,999 Stimmen siegte am 16. Juni 1903 Genosse Schmidt über den Nationalliberalismus.

Der Kampf war diesmal ein besonders heißer. Zuerst weigerten sich die Nationalliberalen, uns den Ohrfeigen-Major wieder als Gegner entgegenzustellen. Aber um uns den Triumph zu nehmen, proklamierte man ihn schließlich doch. Das erregte in Quedlinburg, Aschersleben, Schönebeck, Thale usw. usw. bald Verbitterung unter den Patrioten, die sehr wohl merkten, daß die Kandidatur Placke niemanden gelegener kam, wie der Sozialdemokratie. Offen und versteckt forderten namentlich die Mittelständler, denen sich der Großkaufmann und Schiffsbauer Placke nicht verpflichten wollte, eine andere Kandidatur. Schließlich kam es soweit, daß sie mit einer Sonderkandidatur hervortraten und den berüchtigten Scharfmacher des Tischlergewerbes, Naharbt-Berlin, als ihren Mann proklamierten. Allein der Protest ist nur als Komödie zu betrachten: man möchte es zur Stichwahl kommen lassen, um dann gemeinsam den Sozialdemokraten zu Falle zu bringen. Die tapferen Freisinnigen dagegen haben sich diesmal von vornherein mit Haut und Haaren dem Volksfeind Placke verschrieben. Noch 1903 schrieb das freisinnige „Berliner Tagebl.“: „Die Zumutung, für einen Mann vom Schlage Plackes zu stimmen, ist wirklich ein starkes Stück.“ Heldenhaft wie immer haben sie diesmal das „starke Stück“ überwunden. Aus blasser Furcht vor der Sozialdemokratie!

Die Aussichten für uns sind trotzdem günstig. Der Kreis gehörte schon drei Mal der Sozialdemokratie und die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen ist seit 1884 unausgesetzt im Wachsen begriffen. Wir sind überzeugt, daß unsere Genossen im Kreise siegesbewußt dem Resultat von heute entgegenblicken. Sie werden hoffentlich den Gegnern zeigen, daß der Glaube auch der ländlichen Bevölkerung trotz Dresden und trotz der Leipziger Schimpfereien gegen die eigenen Parteigenossen nicht erschüttert ist. Sie werden alles daran setzen, die Genossen Deutschlands, die mit Spannung den Sieg erwarten, zufriedenzustellen. Die parlamentarische Geschichte der letzten 20 Jahre zeigt uns, daß sich in Deutschland keine Partei würdeloser, widerspruchsvoller und verräterischer erwiesen hat, wie die nationalliberale. Ein Sieg über sie erfüllt daher uns, die wir darin einen Schritt zur Gesundung des deutschen Volkes erblicken, mit ganz besonderer Genugtuung.

#

Politische Uebersicht.

Noch eine Elendsstatistik. Aus München wird geschrieben: Die sozialdemokratische Presse berichtete vor kurzem über eine vom badischen Statistischen Landesamt ausgearbeitete Sterblichkeitsstatistik, die als Elendsstatistik bezeichnet wurde. Wenn dabei als bezeichnende Tatsache angeführt wurde, daß von den in den Jahren 1893—1902 gestorbenen Säuglingen nur 40,5 Prozent in ärztlicher Behandlung standen, so muß konstatiert werden, daß dieses, an sich gewiß recht ungünstige Verhältnis, im Vergleich mit den in Bayern bestehenden Zuständen geradezu glänzend ist. Nach dem neuesten Generalbericht der bayerischen Sanitätsverwaltung über das Jahr 1902 sind von den an Lebensschwäche, Atrophie und Darmkatarrh, den drei hauptsächlichsten Todesursachen, gestorbenen Säuglingen nur 37,8 Prozent ärztlich behandelt worden. In 10 Bezirksämtern, in denen die Säuglingssterblichkeit am höchsten ist (31,3 bis 39,2 Prozent), beträgt der Prozentsatz der ärztlich Behandelten von 14,6 Prozent bis herunter zu 3,5 Prozent. Von 122 im Amte Beilngries an angeborener Lebensschwäche Verstorbenen ist keiner, im Amte Cham von 119 nur 1, in den Aemtern Straubing und Roding von 65 an Atrophie und Darmkatarrh verstorbenen Säuglingen ebenfalls keiner in ärztlicher Behandlung gewesen.

Der bayerische Generalbericht liefert aber auch den Beweis, daß es völlig richtig ist, wenn behauptet wird, lediglich die Mittellosigkeit der Eltern sei die Ursache, daß ärztliche Hilfe nicht geholt wird. In dem Bericht über das Kostkinderwesen wird nämlich ausgeführt, daß die Kostkinder im allgemeinen gut gehalten werden und daß namentlich ärztliche Hilfe „nicht selten bereitwilliger und rascher, als für eigene Kinder“ in Anspruch genommen wird. Außer dem Bestreben, sich das Kostkind und den, wenn auch geringen Verdienst zu erhalten, sei die Ursache dafür darin zu suchen, daß die natürlichen Eltern für die Kur- und Arzneikosten aufzukommen haben.

Ueber die Zahl der ärztlich Behandelten unter der Gesamtzahl der Gestorbenen enthält der bayerische Bericht leider keine Angaben.

Ein Leipziger Geistlicher über Patriotismus und Christentum. Pastor Liebster, der als Mitglied der sächsischen evangelisch-sozialen Vereinigung sich wiederholt öffentlich zu sozialen Fragen geäußert hat, spricht sich in einem Artikel über die Stellung der Geistlichen in der Politik und Sozialpolitik aus. Seine Anschauungen sind, soweit sie sich auf die sozialpolitische Haltung der Geistlichen beziehen,

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

3] (Nachdruck verboten.)

„Hundert Taler,“ schrie Anna erfreut, — „wenn wir soviel für den ganzen Bettel bekämen, könnten wir ja acht Tage lang das lustige Leben führen. Mama, wenn Du das nach Hause bringst, dann gehen wir am Samstag auf's Malkastenfest.“

Aber Frau Regierungsrat, die bis jetzt zu allem stillgeschwiegen hatte, fuhr bei den letzten Worten in die Höhe. Während ihre Augen funkelten und ihre blassen Lippen vor Wut bebten, stieß sie hervor:

„Untersteh' Dich und sag' das noch mal!“

„Das Dümmste wär's nicht,“ meinte Anna harmlos. „Dieser Ball ist vielleicht die letzte Gelegenheit, wo ich mich hier amüsieren kann.“

„Und ich soll auf den Ball gehen, während der Gerichtsvollzieher in der Wohnung ist?“

„Einstweilen ist er ja noch nicht da.“

„Ich verwende meinen Schmuck, damit das Notwendigste in's Haus kommt, damit wir nicht hungern müssen, aber nicht damit Du Dich amüsierst. Jetzt gehe ich überhaupt nicht; ich lege mich ins Bett, und Du kannst im Dunkeln sitzen bleiben. Zur Strafe bekommst Du kein Abendbrot. O, ich schwache Mutter, ich habe mein Herzblut hingegeben für Dich, ich lege alle Rücksichten beiseite, indem ich dies infame Haus betreten will — und Du denkst an einen Ball! Was willst Du dort?“

„Mich verloben,“ erwiderte Anna ruhig.

Gerade wollte die Mutter etwas erwidern, als es draußen schellte. Beide fuhren zusammen. Frau Regierungsrat lief auf den Hausflur und wies stumm das Dienstmädchen in die Küche zurück. Der Korridor war dunkel, so daß sie durch die Milchscheiben von draußen nicht gesehen werden konnten. Anna blickte durch's Schlüsselloch

„Wer ist da?“

„Bert und noch ein Herr, den ich aber nicht erkennen kann. Laß sie nur ruhig herein.“

Anna eilte in die Küche und befahl dem Mädchen, die Tür zu öffnen. Frau Dürbach hatte gerade noch Zeit ihrer Tochter zuzuflüstern, sie sollte sofort das Petroleum aus der alten Lampe in eine der neuen zurückgießen, als Minna mächtig anklopfend zwei Karten hereinbrachte. Gustav Horstmann, Ingenieur, stand auf der einen, Bert Holleder auf der anderen.

In der Dunkelheit waren die Eintretenden kaum zu erkennen. Holleder, ein Freund der Familie, war vorangegangen und sagte nun in seinem ungezwungenen leichten Ton, der sofort die Verlegenheit beseitigte:

„Herr Horstmann hatte den begreiflichen Wunsch, Ihnen seine Aufwartung zu machen, gnädige Frau.“

Dann küßte er den beiden Damen die Hand.

„Wollen die Herren, bitte, Platz nehmen? Wir haben eben noch Schlummerstündchen gefeiert. Hol' doch, bitte, die Lampe, Anna.“

Diese ging in die Küche, und während sie zusah, wie Minna zum zweiten Mal das Petroleum umfüllte, sann sie darüber nach, wer der Fremde sein könne? Sie erinnerte sich in einer Gesellschaft einen ähnlich ungeschlachten Menschen getroffen zu haben, der, die Fäuste in den Taschen vergraben, eine ganze Weile stumm an der Tür gestanden und sie angestarrt hatte. Da er ihr aufgefallen war, hatte sie sich bei Bert nach ihm erkundigt. Dieser sagte, es sei ein Bauspekulant, der vor kurzem nach Düsseldorf gekommen sei, aus der Polackei oder irgend woher, ein schwerreicher Kerl, der im Malkasten eine Menge Geld beim Jeu verloren habe. Und zwei junge Maler, die sich zu Bert gesellten, hatten über das barbarische Aeußere des Fremden gewitzelt, der Handschuhe von nicht dagewesener Größe und Kragen gleich Tonnenreifen um seinen Stiernacken trug.

Ob es derselbe ist? dachte Anna. Aber wie kommt Bert in dessen Gesellschaft? Und warum führt er ihn bei uns ein?

Als sie mit der Lampe zurückkam, führte ihre Mutter eifrig das Wort und verkniff ihr blutleeres Gesicht zu jenem eigentümlichen Lächeln, das sie stets bei der Unterhaltung aufsetzte, und um dessenwillen es in der Düsseldorfer Gesellschaft hieß, sie litt am Grinsekrampf.

Horstmann drehte sich nach der eintretenden Anna um, deren Haar bei dem Lampenschein einen rubinroten Schimmer hatte.

Findet mich der alte Tölpel etwa nicht schön? dachte sie bei seinem finstern Ausdruck. — Aber es ist derselbe. — Was mag er nur wollen?

Bert war mit komischen Entsetzen aufgesprungen. „Alle Wetter, hier liegt ja 'n ganzer Juwelierladen auf dem Tisch. Wenn ich das vorher gewußt hätte! . . Sie suchen sich wohl den Schmuck für Samstag aus?“

„Anna geht dies Jahr nicht aufs Malkastenfest.“

„Ach Mamachen,“ sagte diese, mit ihren weißen Pfötchen die runzligen Wangen der Alten streichelnd, „Du wirst noch ein Einsehen haben. Alle meine Freundinnen gehen hin.“

„Nein! Ich bin fest entschlossen. Da hilft kein Bitten und Flehen.“

Horstmann, der bis jetzt seit seinem Eintritt nicht einmal zu einer höflichen Phrase den Mund aufgetan, sondern in sich versunken den Zuschauer gespielt hatte, sagte plötzlich, fast im Ton einer schmerzlichen Enttäuschung:

„Was! Sie wollen nicht dies Fest besuchen?“

„Denken Sie, Herr Ingenieur, meine Mutter bekommt plötzlich Anwandlungen. Den ganzen Karneval über soll ich zu Haus bleiben.“

„Wir haben den Winter schon so viel mitgemacht. Allzuviel ist ungesund. Körperlich und auch in moralischer Beziehung.“

Bert lächelte ganz unmerklich in sich hinein und dachte: denen müssen die Schulden aber bis zum Halse sitzen.

Anna hatte plötzlich Lust bekommen, mit der alten Bulldogge — so nannte sie im stillen schon den Besucher — zu kokettieren. Sie warf ihm einen ihrer strahlenden Blicke zu und sagte:

„Bitten Sie mal meine Mama! Ich will dann auch zum Dank den ersten Walzer mit Ihnen tanzen.“

Horstmann lächelte, und sein gefurchtes Gesicht, auf dem der trotzige Grimm eines Menschen eingegraben war, der sein Leben lang nichts getan hat, als arbeiten und ringen, dies häßliche finstere Gesicht eines stierköpfigen Plebejers, bekam dadurch einen Zug von Gutherzigkeit.

„Sie mit mir tanzen! Ich glaube, das hielten Sie nicht lange aus. Aber Sie sollten wirklich hingehen.“

Er nickte ihr zu, als wenn er sagen wollte: meinetwegen kommen Sie hin! Frau Regierungsrat fing jetzt an ein Langes und Breites über Töchtererziehung zu schwatzen. Anna beobachtete währenddem den Ingenieur und zerbrach sich den Kopf, warum er sie besucht habe? Sie warf einen Blick zu Bert hinüber, der sie mit seinen schwarzen Augen listig anblinzelte. Horstmann hörte der Frau Regierungsrat so aufmerksam zu, daß Anna der Gedanke durchfuhr: er sei vielleicht eine Partie für ihre Mutter . . . Sie wäre bei dieser Vorstellung beinahe in Lachen ausgeplatzt. Aber gleich darauf bekam sie von dem Ingenier einen, heißen, verstohlenen Blick, und sie erinnerte sich, wie er schon bei dem ersten Zusammentreffen auf jener Gellschaft sie angestarrt hatte.

Ob er wirklich meinetwegen hierher gekommen ist? dachte sie. Aber er muß wohl verrückt sein, daß er mit seiner Häßlichkeit, mit seinen fünfzig Jahren, die er auf dem Buckel hat, es wagt, nach mir auszuschauen! Gott, hat er Ohren! Und die aufgestülpte Nase! Und die Warzen auf der Stirn!

Ihr stieg der Ekel auf bei dem Gedanken, daß sie vielleicht eines Tages mit ihm allein in einem Zimmer sein, und daß er mit seinem ordinären breiten Mund, den der ungepflegte dünne Schnurrbart nur wenig verbarg, sie küssen würde. Und indem sie, wie um ihren Haß noch zu steigern, ihn mit Bert verglich, schwor sie: Wenn ich diesen Menschen heirate, soll er es mir teuer bezahlen!

Während sie dies dachte, lächelte sie, und auf ihren pfirsichroten Wangen waren zwei reizende Grübchen sichtbar.

(Fortsetzung folgt.)

sehr anfechtbar und bedürfen ebensowenig gewürdigt zu werden, als alle jene Ansichten, die Pastor Liebster bisher auf diesem Gebiete in der Presse und in besonderen Versammlungen zum Ausdruck gebracht hat. Beachtenswert scheinen indes seine Ausführungen über Christentum und Patriotismus. Er sagt hierüber:

Das nationale Empfinden, die Vaterlandsliebe gehen auf eine Erhaltung, beziehentlich Beförderung der nationalen Macht hinaus. Im großen geistigen, wirtschaftlichen, militärischen Konkurrenzkampf der Völker soll das eigene Volk bestehen können, das will der Patriot, und das ist nichts Unberechtigtes, hat aber mit dem Christentum nichts zu tun. Die christliche Liebe kann unmöglich eine Nation vor der anderen bevorzugen, sie ist **international** oder übernational. Deswegen kann ein Geistlicher wohl ein guter Patriot sein, nur soll er nicht sich berufen fühlen, **nationales Empfinden zu stärken oder gar im Namen des Christentums die internationale Sozialdemokratie zu bekämpfen.** Die Konsequenz unserer Anschauung ist, daß die **Begeisterungsreden in den Militärvereinen seitens der Geistlichen aufzuhören haben.** Ob das ein so großer Schade wäre?

Die Aeußerung ist, da sie von einem Geistlichen ausgeht, immerhin beachtenswert und wird wohl in gewissen Kreisen das übliche bedenkliche Kopfschütteln und nicht geringe Verstimmung erzeugen.

Der Reichstag trat am Mittwoch in die zweite Beratung des Etats ein. Seinen eigenen Etat erledigte er ohne Debatte; nicht einmal die schmerzliche Diätenfrage wurde von einem der Abgeordneten berührt. Um so lebhafter setzte die Beratung des Etats bei einer von den Freisinnigen beantragten Resolution über das Fremdenrecht in Deutschland und die Gegenseitigkeitsverträge, insbesondere der mit Rußland ein. Sie gab dem Genossen Haase, einem der Verteidiger im Königsberger Prozeß, zum ersten Mal nach der Aufhellung des Aktendunkels im öffentlichen Gerichtsverfahren Gelegenheit, alle die Ungeheuerlichkeiten, die die Regierung und die Justizbehörden sich im Russendienste geleistet haben, im Parlament des allgemeinen Wahlrechts zu beleuchten.

Genosse Bernstein ergänzte diese Ausführungen Haases durch einen Vergleich des deutschen Fremdenrechts mit den fortgeschrittener Rechtsstaaten wie England oder Dänemark. So trat klar zu Tage, daß Deutschland in allen Fragen wirklichen Kulturfortschrittes weit zurücksteht in der Welt, auch wenn es am raschesten ist in der Verleihung von Orden an fremde Generäle.

Die schwer angegriffene Regierung verteidigte matt Staatssekretär Dr. Nieberding, den selbst ein bürgerlicher Abgeordneter als höchst unzulänglichen Vertreter charakterisieren mußte. Wie die Hauptschuldigen, der Reichskanzler, der preußische Justizminister und der Polizeiminister der Flugehans v. Hammerstein es vorgezogen hatten, der Beratung überhaupt fernzubleiben, so flüchtete sich Dr. Nieberding hinter den Vorwand, daß er nicht über einen noch schwebenden Prozeß sprechen wolle. Dabei hat vor knapp einem Monat Minister Schönstedt nicht etwa über die schon jetzt kritikreife Einleitung des Verfahrens, sondern über das noch angefochtene Urteil des langen und breiten ausgelassen — allerdings im sozialistenfreien Landtag.

Außer den Antragstellern, den Abgg. Müller-Meiningen und Lenzmann traten auch der Zentrumsabgeordnete Burlage und der nationalliberale Abg. Lucas für den Antrag ein, der in der Abstimmung — bei der 3. Lesung wohl sicher angenommen werden dürfte.

Die neutrale Ordensverleihung. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Die Telegramme, die der Kaiser wegen Verleihung des Ordens pour le mérite an die Generale Stössel und Nogi den Kaisern von Rußland und Japan hat zugehen lassen, lauten: An den Kaiser Nikolaus in Zarskoje-Selo:

„Die **Verteidigung** von Port Arthur wird für immer ein Beispiel für die Soldaten aller Völker bleiben. **Der Held**, der Deine treuen Truppen kommandierte, wird von der ganzen Welt bewundert, **besonders in meinem Heere und von Mir.** Um unserer Sympathie und Bewunderung für General Stössel und seine wackeren Truppen Ausdruck zu geben, hoffe Ich auf Deine Zustimmung, wenn Ich ihm unsere höchste militärische Auszeichnung den von Friedrich dem Großen gestifteten Orden pour le mérite verleihe. Dieselbe Ehre will Ich seinem braven Gegner, General Nogi, erweisen."

Das Telegramm an den Kaiser von Japan in Tokio lautet:

„Die **Belagerung und Einnahme** von Port Arthur haben den General Nogi als **tapferen und klugen Heerführer** erwiesen, dessen Heldentaten, ebenso wie die seiner Truppen für immer von allen Soldaten, **besonders von mir und meinem Heere,** werden bewundert werden. Ich hoffe, daß Ew. Majestät zustimmen werden, wenn ich ihm als äußeres Zeichen der Bewunderung die von meinem Vorfahren, Friedrich dem Großen, für Tapferkeit im Felde gestiftete höchste preußische militärische Auszeichnung, den Orden pour le mérite, verleihe. Sein braver Gegner, General Stössel, hat dieselbe Auszeichnung erhalten."

Darauf sind von den Herrschern Rußlands und Japans folgende Antworten eingegangen:

„Im Namen meines Heeres danke ich Dir für die hohe Auszeichnung, welche Du General Stössel verleihen willst. Er tat an der Spitze der braven Garnison bis zum Ende tapfer seine Pflicht. Deine Sympathie und die Deines Heeres und Deine Anerkennung für seine Haltung wird von mir tief empfunden. Nikolaus."

„Ich bin sehr verbunden für Ew. Majestät Bewunderung für die Einnahme Port Arthurs. Was Ew. Majestät gütigen Wunsch betrifft, dem General Nogi die höchste Auszeichnung des preußischen Heeres zu verleihen, nimme ich mit Freude zu."

Ehe dieser Telegrammwechsel bekannt war, bemerkte der „Vorwärts" zu der Ordensverleihung:

„Ob Rußland durch den Tapferkeitsorden über den Verlust von Port Arthur getröstet werden wird, scheint uns eine sehr schwierige Frage. Sicher dagegen wird in Japan der Einfall des Kaisers höchst bedenkliche historische Erinnerungen auslösen. Hätte seinerzeit nicht Deutschland tatkräftig dabei mitgeholfen, Japan das im Kriege mit China eroberte Port Arthur wieder zu entwinden, so wären alle späteren ostasiatischen Komplikationen höchst wahrscheinlich nicht entstanden, diese Blutopfer von Zehntausenden von Menschen nicht notwendig gewesen. Japan hätte schon damals Port Arthur behalten und nicht notwendig gehabt, aufs neue heroische Tapferkeit zu beweisen, die doch nur erkannt werden kann durch kriegerischen Massentod. Die Ordensverleihung an Japan wird in dem Lande nur das Gefühl verschärfen, daß es Deutschlands Mitschuld ist, wenn der ganze unsäubere Konflikt entstanden ist, daß seine ungeheuren Schrecken und Opfer nur durch jene Intervention Deutschlands verursacht worden sind.

Und die Berliner „Volksztg." schreibt:

„Es ist ein höchst ungewöhnliches Vorkommnis, daß während eines Krieges zwischen zwei Mächten von dem Souverän einer dritten, nicht beteiligten Macht an Offiziere der kriegführenden Staaten Orden verliehen worden. Bisher war es Usus, daß die Fürsten der nicht am Kriege beteiligten Länder den Fürsten der in den Krieg verwickelten Staaten bei der Verleihung von Auszeichnungen an die ihnen untergebenen Offiziere den Vortritt ließen.

Weder im preußisch-österreichischen noch im deutsch-französischen Kriege haben preußische oder österreichische, deutsche oder französische Generale von den Souveränen fremder Staaten Orden erhalten."

Einzelne Blätter weisen darauf hin, daß General Nogi nach christlichen Begriffen ein „Heide" ist und dabei doch ein tapferer Soldat. Die Auszeichnung widerspricht demnach einem früheren bekannten Ausspruch des Kaisers.

Konferenz für Arbeiterschutz. Der Schweizer Bundesrat hat an die diplomatischen Vertreter Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Belgiens, Dänemarks, Spaniens, Frankreichs, Großbritanniens, Griechenlands, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Portugals, Rumäniens, Serbiens, Schweden-Norwegens ein **Rundschreiben** gerichtet mit der Einladung zu einer Konferenz zur Regelung folgender Arbeiterschutzfragen:

1. Verbot der Verwendung weißen Phosphors bei Herstellung von Zündhölzchen, 2. Verbot der gewerblichen Nachtarbeit der Frauen mit gewissen Einschränkungen für die Verarbeitung von leichtverderblichen Rohmaterialien. Die durchschnittliche Arbeitsruhe soll zwölf Stunden vom Abend bis zum Morgen betragen. Die Ausdehnung des Verbotes der Nachtarbeit auf jugendliche Arbeiter ist fallen gelassen worden.

Die Konferenz soll am 8. Mai im Ständeratshause in Bern zusammentreten.

Paragraph 166 des Reichsstrafgesetzbuches. Die Deutsche und die Freisinnige Volkspartei brachte einen Antrag ein, im Paragraphen 166 des Reichsstrafgesetzbuches, dem Gotteslästerungsparagraph, die Worte zu streichen „Oder wer öffentlich eine der christlichen Kirchen, oder eine andere mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehende Religionsgemeinschaft oder ihre Einrichtungen oder Gebräuche beschimpft."

Das Hüffener-Bild. Die „Rhein. Ztg." erklärt in Sachen des Hüffener-Bildes, das von ihr reproduzierte Bild treffe bis auf Einzelheiten zu. An dem fraglichen Abende seien auf der Festung Ehrenbreitstein mehrere Bilder in verschiedensten Gruppierungen und an verschiedenen Stellen des Zimmers gemacht worden. Das Bild, das die Kommandantur erhielt, sei eine Aufnahme, die ohne Weinflaschen gemacht wurde. Alles was die Rheinische Zeitung in Wort und Bild veröffentlicht, habe sich tatsächlich zugetragen. — Die Sache kann also interessant werden.

Ausland.

Die Niederlage Combes'. Die französische Kammer ist am Mittwoch zusammengetreten und hat Doumer mit 265 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Der bisherige Präsident Brisson erhielt 241 Stimmen. Von 585 Deputierten stimmten 511 mit.

Die Wahl Doumers bedeutet eine schwere Niederlage Combes', ja, ist eine gegen ihn gerichtete Demonstration. Doumer war mit seiner Absicht, für die Kammerpräsidentschaft zu kandidieren, erst in den letzten Tagen hervorgetreten, und seine Erklärung rief in den parlamentarischen Kreisen geradezu Ueberraschung hervor. Die Combes freundlichen Blätter griffen Doumer heftig an und beschuldigten ihn, daß er durch diese Kandidatur dem Verrat, den er schon lange an der radikalen Partei verübe, die Krone aufsetze. Um so eifriger begrüßten in ihren heutigen Leitartikeln die nationalistischen Organe die Kandidatur und forderten ihre Parteigenossen in der Kammer auf, einmütig für Doumer zu stimmen, da dessen Wahl zum baldigen Sturze des Ministeriums Combes führen müsse. In der Tat hat die gesamte Rechte, die Monarchisten und Nationalisten am eifrigsten, den Coup der radikalen Dissidenten unterstützt und dem Streber Doumer zum Siege verholfen.

Die Absicht des Manövers hat Doumer selbst in einer Rede, die er heute Vormittag bei der Anmeldung der Kandidatur in der Versammlung der Parteien der radikalen Linken hielt, also auseinandergesetzt: Man müsse jede Gelegenheit benützen, um das Ministerium zu stürzen. Die Wahl des Kammerpräsidenten sei ein politischer Akt und es sei notwendig, daß der Wille der Majorität schon in der ersten Sitzung zu Tage trete.

Ministerkrisis in Dänemark. In der letzten Sitzung der Reformpartei der Linken erklärte der Ministerpräsident, daß er glaube, Uebereinstimmung zu finden, wenn er unter den vorliegenden Verhältnissen die Demission des gesamten Ministeriums einreiche. Das Ministerium hat dem Könige seine Demission eingereicht. Der König ersuchte die Minister, bis auf weiteres die Amtsgeschäfte weiter zu führen. Mit der Bildung des neuen Ministeriums ist der bisherige Kultusminister Christensen betraut worden, der den Auftrag angenommen hat.

Die Beerdigung von Louise Michel findet in Paris auf Kosten Rocheforts statt.

Zur Beänstigung der Unruhen in Rußland. Gegen mehrere Vertreter der Reformbewegung in Rußland soll, dem „Bureau Herald" zufolge, Strafantrag wegen Majestätsbeleidigung erhoben worden sein.

Mißwirtschaft in der Brüsseler Kommunalverwaltung. Im Brüsseler Stadtparlament sind im wesentlichen drei Parteien vertreten, die auf Grund des Proportionalwahlsystems gewählt sind; es sind das die Liberalen, die Klerikalen und die Sozialisten, welch letzteren sich die Radikalen angeschlossen haben. Keine dieser drei Parteien hat die absolute Mehrheit; die Herren in der Stadtverwaltung jedoch sind die Liberalen, die von den Klerikalen meist Unterstützung finden gegen die Sozialisten. Vor kurzem hat nun der sozialistische Stadtverordnete Grimab in den Bureaus der Stadträte für öffentliche Arbeiten und in den für Finanzen große Verschwendung von Gemeindegeldern festgestellt. Die beiden Stadträte wurden in öffentlicher Versammlung heftig angegriffen und es wurde ein Tadelsvotum gegen sie angenommen. Die Herren demissionierten. An ihre Stelle sollte ein Radikaler und ein Sozialist treten. Die Liberalen jedoch verwarfen diese Kombination und wollten die Sitze zwei Radikalen geben; diese aber erklärten, in die Stadtverwaltung nur mit einem Vertreter der Arbeiterpartei eintreten zu wollen. Darauf zogen die liberalen Stadträte ihre Demission zurück. Es kam zu neuen heftigen Auseinandersetzungen in der Gemeinderatssitzung und die zwei beschuldigten Stadträte haben ihr Amt von neuem niedergelegt. Der Kampf beginnt nun über die Neubesetzung.

Schweiz. Der Geschäftsbericht der Polizei wurde in der letzten Sitzung des Großen Stadtrats von Zürich einer scharfen Kritik unterzogen. Der Genosse Heusser brachte einen Fall vor, der ganz an die Praktiken der Berliner Polizei erinnert. Es war ein armer Dichter, der, nachdem er eine Gefängnisstrafe hinter sich hatte, Arbeit gefunden und sich dort monatelang zur größten Zufriedenheit geführt hatte, von der Polizei ausgewiesen, trotzdem er Bürger des Kantons Zürich ist. Das Gegenstück brachte der Pfarrer Genosse Pfleiderer vor, wonach einer deutschen Dirne, die sich der Protektion der höchsten Kreise erfreut, der Aufenthalt bis heute gestattet ist, trotzdem das Auftreten jener Person zu einem öffentlichen Skandal geworden war. — Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte der Präsident, Genosse Greulich, den Vertretungskörpern der Städte des russischen Reiches für ihr mannhaftes Eintreten, für verfassungsmäßige Zustände in Rußland im Namen der „freiesten Großstadt Europas" seine Sympathie ausgesprochen.

Partei-Angelegenheiten.

Erklärung.

In Nr. 298 der „Leipziger Volkszeitung" vom 23. Dezember 1904 ist unter der Aufschrift „Eine Abwehr" ein Artikel, unterzeichnet F. M., d. i.: Franz Mehring, erschienen, der sich gegen Aeußerungen des „Vorwärts" über einen für unsere Parteipresse angemessenen Ton der Polemik richtet. Die Redaktion des „Vorwärts" hat mit Recht Abstand genommen, in eine Erwiderung auf die Beschuldigungen einzutreten, die Genosse Mehring gegen sie erhoben hat, sie hat im Interesse der Partei geschwiegen und die Angelegenheit den unterzeichneten beiden Körperschaften überlassen, welche durch das Organisationsstatut der Partei zur Aufsicht über das Zentralorgan bestellt sind. Auch ohne den Wunsch der Redaktion des „Vorwärts" standen die Unterzeichneten im Begriff, sich mit dem Artikel Mehrings zu beschäftigen.

Von den Anschuldigungen, die Mehring gegen die Redaktion des „Vorwärts" erhebt, seien nur die schwersten in Erinnerung gebracht. Der „Vorwärts" soll „wissentlich unwahr" über vorhergehende Auseinandersetzungen in der Parteipresse berichtet haben. Er soll durch seine Meinungsäußerung über den Ton der Parteipresse „eine Tat begangen haben", die sich würdig neben die Tat stellt, die der Minister „Hammerstein an Janina Berson" vollbracht hat; dies sei eine Tat, die durch das Dichterwort gekennzeichnet wird: „Seht hier das Trauerspiel der kalten Bosheit." Der „Vorwärts" soll ein Blatt sein, „das trotz seiner ungeheuren Mittel und seines weiten Verbreitungsbezirkes ziffernmäßig nicht einmal so viel propagandistische Werbekraft zu entfalten vermag, wie die meisten mittleren und selbst kleinen Parteiblätter trotz ihrer winzigen Mittel entfalten." Der „Vorwärts" soll „durch seine blöden Sensationen à la Krupp und Kaiserinsel die Partei aufs äußerste bloßgestellt" haben. Der „Vorwärts" sei ein Blatt, das statt seiner Bestimmung gemäß das prinzipienfeste Rückgrat der Partei zu sein, in jeder prinzipiellen Frage hin und her schwankt und für die politische und wissenschaftliche Entwickelung der Partei längst zum rudimentären Organ geworden ist."

Wir haben keinen Anlaß, die Redaktion des „Vorwärts" gegen Anschuldigungen zu verteidigen, deren Gehässigkeit für die Parteigenossen ohne weiteres ersichtlich ist.

Nur die Behauptung, der „Vorwärts" sei ein Blatt, „das statt seiner Bestimmung gemäß das prinzipienfeste Rückgrat der Partei zu sein, in jeder prinzipiellen Frage hin- und herschwankt und für die politische und wissenschaftliche Entwickelung der Partei längst zum rudimentären Organ geworden ist", nötigt uns zu einer Bemerkung. Wenn diese Behauptung der Wahrheit entspräche, so würden den Parteivorstand und die Preßkommission mit Recht die schwersten Vorwürfe treffen, denn es wäre eine Pflichtvergessenheit der schlimmsten Art, eine solche Redaktion an dem ihrer Aufsicht unterstellten Zentralorgan der Partei zu dulden. Es ist allgemein bekannt, daß über die Haltung und Stellungnahme des „Vorwärts" in einigen Fragen der Parteitaktik Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und der Redaktion bestanden haben und daß Mitglieder der unterzeichneten Körperschaften ihre abweichenden Ansichten öffentlich aussprachen. **Niemals aber hat der „Vorwärts" zu einer ehrenkränkenden und beleidigenden Beurteilung Veranlassung gegeben, wie es durch den Genossen Mehring in den oben zitierten Aeußerungen geschehen ist.**

Wir halten uns deshalb für verpflichtet, diese Herabwürdigung der Gesamthaltung der Redaktion des „Vorwärts" **auf das nachdrücklichste zurückzuweisen und legen energische Verwahrung ein gegen die Form der Polemik,** wie sie dem Genossen Mehring gegen die Redaktion des „Vorwärts" beliebte. **Eine derartige Kampfesweise gegen ein Parteiorgan muß notwendig zur schwersten Schädigung und zur Zerrüttung der Partei führen.**

Der Parteivorstand.
Die Preßkommission des „Vorwärts".

Unter obige Charakteristik fallen auch sämtliche Angriffe von Mehring, Jaeckh und Parvus auf die Breslauer „Volkswacht", auf die wir eine andere Antwort nicht geben.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 12. Januar.

* **Die Presse-Verfügung des Oberbürgermeisters,** von der wir bereits in der Sonnabend-Nummer Notiz nahmen, liegt jetzt im Wortlaut vor. Es lohnt sich, sie abzudrucken, um die freisinnige Geheimnistuerei richtig zu würdigen. Das merkwürdige Dokument lautet also wie folgt:

1. Wo regelmäßige Mitteilungen einzelner städtischer Amtsstellen (z. B. des Statistischen Amtes, der Standesämter, der Marktverwaltung usw. ein für allemal verfügt sind oder werden, bleiben diese Verfügungen in Kraft.

2. Dem „Breslauer Gemeindeblatt" können allgemein wissenswerte Mitteilungen von allen städtischen Amtsstellen unmittelbar zugestellt werden. Die Redaktion des Gemeindeblattes ist dafür verantwortlich, daß auch im nichtamtlichen Teile des Blattes nichts Ungehöriges, der Stadt Nachteiliges oder dritten, insbesondere anderen Behörden Anstößiges veröffentlicht werde.

3. Amtliche Korrespondenzen mit Zeitungen in laufenden Amtsangelegenheiten werden im allgemein vorgeschriebenen Geschäftsgang, also bei den Amtsstellen, von denen sie geführt werden, bearbeitet und erledigt.

Dabei sind Schreiben an Zeitungen, die eine Richtigstellung oder Widerlegung voraufgegangener Zeitungsartikel bezwecken, unter allen Umständen dem Oberbürgermeister zur Gegenzeichnung vorzulegen.

4. Bloße formlose Mitteilungen an die Zeitungen über Ereignisse in der städtischen Verwaltung, einzeln ermittelte Tatsachen, statistische Feststellungen usw., die nach Ansicht der Herren Dezernenten weiteren Kreisen Interesse bieten und deren Bekanntgebung dem städtischen Interesse nicht zuwiderläuft, sind den Zeitungen nicht von den einzelnen Amtsstellen, oder gar von einzelnen Beamten unmittelbar, sondern nur durch Vermittelung des Generalbureaus zu machen.

Derartige Mitteilungen sind dem Generalbureau von den einzelnen Amtsstellen in der Regel bis 12 Uhr Mittags schriftlich — und, wenn auf eine ausführliche Mitteilung in den Zeitungen Gewicht gelegt wird, in druckfertigen (einseitig beschriebenen) Texten, nach der Zahl der zu benachrichtigenden Zeitungen — zuzustellen.

Das Generalbureau hat diese Mitteilungen in allen zweifelhaften Fällen — insbesondere stets, wenn es sich um Richtigstellung von vorangegangenen Zeitungsnachrichten handelt — dem Oberbürgermeister Mittags zur Genehmigung vorzulegen und sie demnächst, zu einer im voraus bestimmten Stunde, des Nachmittags den dazu erschienenen Berichterstattern der Zeitungen gleichzeitig — event. unter Aushändigung je eines Textes — zugänglich zu machen. Den Berichterstattern ist dabei in entgegenkommender Art zu begegnen und insbesondere sind Fragen

derselben zur Sache nach Möglichkeit zu beantworten. Besondere Mitteilungen an einzelne Berichterstatter sind zu vermeiden.

Vorstehende allgemeine Verfügung wurde allen städtischen Amtsstellen zur sorgfältigen Beachtung mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß unbedenkliche Mitteilungen über allgemein interessierende Vorgänge in der städtischen Verwaltung dadurch in keiner Weise gehindert werden sollen, und daß solche Mitteilungen insbesondere für das „Breslauer Gemeindeblatt" sogar durchaus erwünscht sind. — Der langen Rede kurzer Sinn ist der, daß dem Oberbürgermeister erklärlicherweise manche Veröffentlichungen unangenehm sind. So lange er nur von den freisinnigen Blättern angelobt wird, darf die Presse aus der Verwaltung nichts erfahren, was der Herr Ober nicht wünscht. Das Ansehen der Verwaltung wird unseres Erachtens durch dieses Schweigegebot nicht gestärkt.

* * *

Nachdem wir obige Zeilen geschrieben, kommt uns die „Breslauer Zeitung", Morgenausgabe vom 12. Januar, zu Gesicht. Der Chefredakteur der „Breslauer Zeitung", Dr. Oehlke, ist bekanntlich ein naher Verwandter des Breslauer Oberbürgermeisters. Nur so wird uns die Tatsache erklärlich, daß in der heutigen Morgennummer des genannten Blattes eine „Berichtigung" abgedruckt ist, die der Magistrat angeblich der „Volkswacht" zugesandt hat. Wir haben diese „Berichtigung", die in Wirklichkeit keine ist, bis zum Redaktionsschluß am Donnerstag Mittag noch nicht erhalten!! Selbstverständlich haben wir keine Ursache, die Paragraph 11-Berichtigstellung, die sich auf unsere „Fonds ad pios usus"-Artikel bezieht, abzudrucken, bevor sie uns offiziell zu Gesicht gekommen ist. Aber aus der Tatsache, daß diese Berichtigung zuerst der „Breslauer Zeitung" zuging, kann man wohl den Schluß ziehen, wozu die neue „Verfügung" des Oberbürgermeisters ergangen ist. Die „Breslauer Zeitung", das Organ des Vetters Oehlke, soll in erster Linie mit Nachrichten gefüttert werden.

* **Ueber eine oberschlesische Versammlungs-Auflösung** berichtet unser Berliner Kammergerichts-Korrespondent: „Der polnische Turnverein „Socol" zu Zabrze wollte in der Lesehalle der polnischen Frauen zu Zaborze eine Versammlung abhalten. Eine Anmeldung war zwar erfolgt, aber nicht bei der zuständigen Ortspolizeibehörde von Zaborze, sondern bei der von Zabrze. Die Versammlung konnte deshalb nicht abgehalten werden. Als der kontrollierende Polizei-Wachtmeister die Lesehalle betrat, saßen dort etwa 28 Personen an Tischen und lasen. Er verlangte die Räumung des Lokals und der zweite Vorsitzende des „Socol" forderte darauf die Anwesenden auf, ruhig nach Hause zu gehen. — Dr. Hager erhielt demnächst eine Anklage wegen Abhaltens einer nicht ordnungsmäßig angemeldeten Versammlung. Er wurde indessen in zweiter Instanz vom Landgericht freigesprochen, weil eine Versammlung noch gar nicht stattgefunden habe. — Das Kammergericht gab jedoch der hiergegen eingelegten Revision der Staatsanwaltschaft statt und verwies die Sache noch einmal an das Landgericht zurück. Das Kammergericht habe allerdings schon einmal ausgesprochen, daß bei der Entscheidung der Frage, ob eine Versammlung stattgefunden habe, es wesentlich sein könne, daß die Eröffnung noch nicht erfolgt gewesen sei. Wesentlich sei jedoch auch, ob die Anwesenden den Gedanken an eine Versammlung aufgegeben hatten oder ob sie nur auf den Beginn der Verhandlungen warteten. Im letzteren Falle wäre das Zusammensein schon als eine Versammlung anzusehen. Darum müsse das Landgericht sich noch einmal mit der Sache beschäftigen." — Der Prozeß ist eigentlich typisch für die Nadelstich-Politik Oberschlesiens. Weil die Versammlung zufällig in dem Nachbarorte stattfand, aber im Heimatsorte des Vereins angemeldet war, wird sie wegen nicht vorschriftsmäßiger Anmeldung aufgelöst und die Erschienenen einfach nach Hause geschickt wie Schulkinder! Sind das nicht geradezu unhaltbare Zustände?

Zum Bankerott der Germanisierungspolitik.

Bülow erlebt wenig Freude an seinen „Erfolgen" im Osten. Nicht nur, daß er im allgemeinen bei der Bewohnerschaft mit der Kaninchenpolitik kein Glück hat, jetzt muß er sogar erleben, daß sich sogar die Kriegervereine von ihm abwenden! Oberschlesischen Blättern wird nämlich geschrieben:

Am 6. d. Mts. fand im Kriegerverein in Studzienna, Kreis Ratibor, die Generalversammlung zwecks Vornahme der Vorstandswahl statt. Der Vorsitzende, Gastwirt Rieger, eröffnete die Sitzung in polnischer Sprache, in welcher auch die weiteren Beratungen geführt wurden. Der Bericht über die Rechnungslegung wurde polnisch erstattet, ebenso wurde die Vorstandswahl polnisch vorgenommen. Als einer der anwesenden Kameraden deutsch zu sprechen begann, wurde ihm zugerufen: „Sprich Du nur polnisch, Du bist auch ein Pole so wie wir."

Unser aufrichtiges Beileid, Graf Bülow!

* **Von Roheiten in der Sylvesternacht**, die sehr zahlreich vorgekommen sind, ist die folgende Gegenstand polizeilicher Nachforschungen geworden. Der Polizeibericht meldet darüber: In der Sylvesternacht ist am Graben ein Mädchen von einer Horde junger Burschen angefallen und schwer mißhandelt worden. Auch wurde ihm ein wertvoller Hut vom Kopf gerissen und zertreten. Angaben zur Ermittelung der Burschen sind im Zimmer 59 des Polizeipräsidiums zu machen.

* **Ratten und Füchse.** Auf dem Promenadengürtel der inneren Stadt und den Schmuckplätzen wurden im vergangenen Jahre 1002 Ratten und 56 Katzen gefangen. Einen ganz besonders seltenen und eigenartigen Fang aber machte am 10. d. M. der Promenadenwärter am Matthiasplatz. Als derselbe am frühen Morgen den Platz hinter der Wärterbude betrat, bemerkte er in dem dort lagernden Draht einen Fuchs, welcher sich derartig verstrickt hatte, daß er nicht mehr fort konnte. Willig ließ er sich fangen. Bei seinem Transport nach der Garten-Direktion wurde er von einer großen Schar Neugieriger begleitet.

* **Städtischer Arbeitsnachweis.** Frequenz in der Woche vom 2. bis 7. Januar: a) Männer: Angebotene Arbeitskräfte 300, zu besetzende Stellen 135, besetzte Stellen 121. b) Frauen: Angebotene Arbeitskräfte 120, zu besetzende Stellen 151, besetzte Stellen 119.

Striegau, 11. Januar. Schwer verunglückt ist vorige Woche der bei Frau Stellenbesitzer Anna Schädel, hier, Roy Nr. 2, in Diensten stehende Knecht Fritz Mummert. Derselbe war mit dem Ausgraben einer auf der Schädelschen Wiese stehenden Pappel beschäftigt und hatte bereits die Wurzeln bis auf eine freigelegt und abgehackt. Durch den an diesem Tage herrschenden starken Wind wurde unvermutet die Pappel umgeworfen und fiel auf Mummert, welcher in dem um den Baum ausgegrabenen Loche sich befand und nicht ausweichen konnte. Dem Bedauernswerten wurden mehrere Rippen gebrochen, außerdem erlitt derselbe schwere innere Verletzungen. M. wurde nach dem Kreiskrankenhause geschafft; an seinem Aufkommen wird gezweifelt. — Unfall. Auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte, der Zuckersiederei Gutschdorf, kam am Freitag Morgen der Arbeiter Robert Hübner in Gutschdorf so unglücklich zu Falle, daß er sich eine Gehirnerschütterung zuzog und bewußtlos liegen blieb. Erst nach zwei Stunden wurde H. aufgefunden und in seine Wohnung überführt, woselbst er an den Folgen des Unfalles bereits verschieden ist. — Wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an seinen im Alter von 16 und 22 Jahren stehenden Töchtern, wurde am 9. d. M. der Invalidenrentenempfänger August Reichelt hier, Wilhelmstraße 20 wohnhaft, verhaftet. — Turnverein. Am 3. Januar hielt der Arbeiterturnverein seine Generalversammlung ab, in welcher bekannt gegeben wurde, daß der Verein 44 Mitglieder und 18 Zöglinge zählt. Die Einnahme betrug im letzten Quartal 90.36 Mk., Ausgabe 72.15 Mk., Bestand 18.21 Mk. In den Vorstand wurden gewählt Oswald Hummel, Vorsitzender, Karl Härtel, Turnwart, Gustav Mosig Kassenwart, Heinrich Klemm, Schriftwart. Erwähnt sei noch, daß sich vom Bürgerlichen Turnverein ein Teil der Mitglieder losgesagt und einen neuen Verein gegründet hat, wahrscheinlich, um nicht mit Arbeitern zusammen in einem Verein zu sein. Arbeiter, tretet dem Arbeiterturnverein bei!

Liegnitz, 11. Januar. Am Montag den 9. Januar hielt der Volksverein seine ordentliche Versammlung ab. Nach einer lebhaften Debatte über die Stellung der politischen Organisationen zu den Gewerkschaften wurde der Tischler Julius Tinzmann aus dem Volksverein einstimmig ausgeschlossen. An der Debatte beteiligte sich unter anderen auch der Genosse Oswald Köhler. Köhler steht heute noch auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaftsbewegung unserer politischen Entwickelung hinderlich sei, und daß wir, wenn wir uns der Gewerkschaftsbewegung nähern, unsere politischen Ziele nie erreichen werden. (?) Als Schlagwort führte Köhler an, daß die Sozialdemokratie gegründet wurde von Leuten, die keine Gewerkschafter waren, und durch diese Leute ist sie groß und stark geworden. Sämtliche Diskussionsredner wandten sich gegen die Ausführungen Köhlers und Genosse Mohring widerlegte in längeren Ausführungen die von Köhler erhobenen Bedenken, wobei er daran erinnerte, daß bei Gründung unserer Partei die Gewerkschaftsbewegung noch garnicht existierte, also auch die Gründer keine Gewerkschafter sein konnten. Im zweiten Punkt der Tagesordnung kam das Verhalten einiger Mitglieder des Volksvereins bei der Stadtverordnetenwahl zur Sprache. Auch bei dieser Debatte brachte Genosse Köhler höchst eigenartige Anschauungen zutage, sodaß er wiederholt stürmische Heiterkeitserfolge erzielte. Köhler hatte bei der Stadtverordnetenwahl neben drei sozialdemokratischen Kandidaten auch zwei freisinnige gewählt. Genosse Pöbe meinte, wenn ein Mann, der so lange wie Köhler in der Partei steht, der in sozialdemokratischem Sinne geschriftstellert hat (Köhler ist bekanntlich der Verfasser des „Sozialdemokratischen Zukunftsstaats" und anderer Broschüren, z. B. „Knechtschaft und Freiheit"), der schon auf rein sozialdemokratischen Listen kandidiert hat, sich dazu hergibt, zwei freisinnige Kandidaten anstatt unserer vollen Liste zu wählen, so verdient er zum allermindesten einen scharfen Tadel, denn durch dieses Verhalten hat Köhler unseren Volksverein blamiert. Köhler erklärte, er habe Gründe, die er nicht angeben wolle, und die ihn bewogen haben, so zu stimmen. Uebrigens seien die Stadtverordnetenwahlen keine politischen Wahlen. Die zwei Gegner, die er gewählt hat, haben das Kraut auch nicht fett gemacht. Der Volksverein habe kein Recht, darüber zu richten, wie ein Mitglied wählt, er, Köhler, appelliere an das sozialdemokratische Gewissen der Versammlung. Dafür, daß er sich nicht gescheut habe, in Gegenwart von Stadträten u. dergl. drei Sozialdemokraten zu wählen, gebühre ihm ein Lob, statt eines Tadels. Das Verhalten Köhlers in der Versammlung, sowie bei der Wahl wurde allseitig scharf verurteilt. Einige Redner waren der Ansicht, daß er den Ausschluß verdient hätte, und überhaupt nicht mehr Sozialdemokrat sei. Ein von Mohring eingebrachter Antrag, den Mitgliedern, welche nicht oder nicht die ganze Liste gewählt haben, und ebenso dem Genossen Köhler einen Tadel auszusprechen, wurde leider von dem Antragsteller selbst wieder zurückgezogen. Er meinte, Köhler, sowie die anderen in Frage kommenden Genossen hätten ja die Ansicht der Versammlung gehört, und würden in Zukunft besser handeln.

Neisse, 9. Januar. Taschen zu! Kaum hat das Jahr begonnen und schon wird amtlich bekannt gemacht, daß auch im neuen Jahre seitens der Kirche beider Konfessionen ein Ansturm auf die Taschen der Einwohner geplant ist. Der Landrat gibt nämlich den Kreiseingesessenen kund, daß 1905 sowohl für evangelische, wie für katholische Kirchen- ꝛc. Zwecke Kollekten eingesammelt werden. Gesammelt wird u. a. für den Provinzialverein für innere Mission, für bedürftige evangelische Gemeinden der Provinz, für den evangelischen kirchlichen Hilfsverein in Breslau, für den evangelischen Pflegeverein Bethesda in Breslau, für den Orden der barmherzigen Brüder zu Breslau, für das Haus zum Guten Hirten in Breslau.

Wir können unsere Mahnung an die Arbeiter, die Hand auf der Tasche zu halten, nur wiederholen. Abgesehen davon, daß sie ihr Geld nützlicher anlegen können, erinnern sie sich gerade bei solchen Gelegenheiten daran, daß die, welche die Kollekten ausführen lassen, sich stets und überall als die ärgsten Feinde der Arbeiterklasse und ihrer Bestrebungen erweisen. Also Taschen zu!

Verklausulierte Zugeständnisse.

Der Jahresbericht der Handelskammer zu Hamburg — für das Jahr 1904 — enthält interessante Einzelheiten, die wir seiner Bedeutung wegen, die der Hamburger Handel im deutschen Wirtschaftsleben einnimmt, wiedergeben möchten. Zunächst wird betont:

„Die Besserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands nach den schweren Störungen der Jahre 1900 und 1901 hat während des Berichtsjahres nicht nur angedauert, sondern gegen das Vorjahr an Umfang und Lebhaftigkeit noch merklich zugenommen. Auf den meisten Gebieten des deutschen Wirtschaftslebens hat sich eine Festigung der Verhältnisse vollzogen, und namentlich im Handel sind erfreuliche Anzeichen der wiedererwachenden Unternehmungslust aufgetreten."

Ueber den Zusammenschluß der großen Industriebetriebe sowie über die Licht- und Schattenseiten dieser Erscheinung wird folgendes gesagt:

Auf breiterer Grundlage wurde das Kohlensyndikat auf die lange Zeit von zwölf Jahren erneuert, und daneben suchten die Beteiligten teils durch Vereinigung gleichartiger Werke, teils durch Angliederung des Hüttenbetriebes an den Zechenbetrieb ihren Einfluß zu erhöhen und über den Kreis des Syndikats hinaus zu erweitern. Wir haben mehrfach ausgesprochen und stehen auch heute noch auf dem Standpunkte, daß wir die Syndikate und ähnliche Bildungen bei der heutigen Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse für nützlich, ja vielleicht notwendig halten, um sowohl unwirtschaftliche Preisschleuderei, wie auch plötzliche übermäßige Preiserhöhungen zu verhüten und haben daher von allen gesetzlichen Eingriffen in diese Entwickelung entschieden abgeraten. Dabei haben wir aber die Gefahren nicht verkannt, die eine zu weitgehende Steigerung und eine unrichtige Verwendung der Macht dieser Bildungen mit sich bringen kann, und gegenwärtig scheinen diese Gefahren nach beiden Richtungen hin stärker hervorzutreten. Von allen Seiten ertönen die Klagen darüber, daß durch die Begünstigungen, welche die Syndikate dem Auslande in der Preisstellung gewähren, der heimischen Industrie, welche die Erzeugnisse ferner weiterverarbeitet und deren verschiedenartige Betriebe der konzentrierten Macht der Halbfabrikatsindustrien gegenüber ziemlich wehrlos sind, der Wettbewerb im Auslande erschwert, ja vielfach unmöglich gemacht werde. Ebenso klagen auch hiesige Reedereien und sonstige Interessenten über die Bevorzugung, die der Stahlwerksverband den holländischen und belgischen Häfen über das durch die geographische Lage gegebene Maß hinaus zu teil werden läßt, zum Nachteil Hamburgs und der anderen deutschen Nordsee-Häfen. Die Konzentrierung der wirtschaftlichen Macht in einzelnen Verbänden und Personen hat einen so hohen Grad erreicht, daß es nicht wunder nehmen darf, wenn der Staat, namentlich bei einem so wichtigen Artikel wie die Kohle, einen beaufsichtigenden Einfluß zu gewinnen sucht. Allerdings ist der zu diesem Zweck eingeschlagene Weg der Erweiterung des staatlichen Besitzes an Kohlenzechen ein sehr bedenklicher, da er zumal bei den weit verbreiteten staatssozialistischen Tendenzen die schwere Gefahr immer weiterer Ersetzung des Privatbetriebes durch den Staatsbetrieb in sich birgt. — Angesichts dieser ganzen Bewegung bedauern wir auf das lebhafteste, daß die ausländische Konkurrenz, das Sicherheitsventil gegen zu hohe Anspannung der monopolistischen Bestrebungen in der heimischen Industrie, durch den neuen Zolltarif noch weiter in seiner Wirksamkeit beschränkt wird, und hoffen umsomehr, daß durch Erleichterung des zollfreien Veredelungsverkehrs wenigstens ein teilweiser Ersatz dafür geschaffen wird.

Trotz der Wenn und Aber ist doch deutlich ersichtbar, wie schädlich die Syndikate, Trusts und Kartelle für die allgemeine Volkswirtschaft und die Masse des Volks wirken. Wenn nun allerdings die preußische Regierung durch den Mund des Handelsministers erklären läßt, daß sie bei der Verstaatlichung der Bergwerksgesellschaft Hibernia lediglich das Interesse der Allgemeinheit im Auge habe, so möchten wir das sehr bezweifeln. Nach altbewährten Traditionen wird auch bei dieser Staatsaktion, die bisher recht blamabel für die Regierung ausgefallen ist, das fiskalische Interesse maßgebend sein. Um so beachtenswerter erscheint deshalb die Stimme der Hamburger Handelskammer, die freilich in verklausulierter Weise die Schattenseiten des Syndikatswesens hervorhebt. Der Verstaatlichung dieser großen Betriebe widerstrebt jedoch die Handelskammer im wohlverstandenen eigenen Interesse. Sie fürchtet, daß die Verstaatlichung sozialistische Tendenzen in sich birgt und eine schwere Gefahr für den Privatbetrieb bedeute. Soweit diese Tendenzen wirklich hervortreten, sind wir der Verstaatlichung gewiß nicht abgeneigt, wenn sie unseren Grundanschauungen entspricht und der Erfüllung unserer Ziele nahekommt.

Die Schattenseiten des neuen Zolltarifs werden kurz aber gebührend hervorgehoben. Bei der Beratung der Handelsverträge im Reichstage werden unsere Abgeordneten von neuem ihre Stimme erheben, und darauf hinwirken, daß das Werk der Volksfeinde nicht zustande kommt. Der Jahresbericht der Hamburger Handelskammer wird uns dabei als willkommenes Material dienen.

Vermischtes.

Die Kupfernase. König Ludwig I. unterhielt sich gern mit dem groben, aber witzigen Pferdehändler Fränkel in München. Er neckte ihn oft und wollte sich totlachen über die derbe Art, mit der ihm Fränkel antwortete. Eines Tages sagte er zu ihm: „Fränkel, Ihr habt eine so schöne rote Nase, die ist gewiß aus echtem Kupfer; geht doch in jene Kupferschmiede und verkauft sie, Ihr bekommt gewiß ein ganz hübsches Sümmchen dafür!" „Beim Kupferschmied", lautete die trockene Antwort, „bin ich schon längst gewesen, der sagte mir aber, das muß ein rechter Esel gewesen sein, der Euch diesen Rat gegeben hat!"

Aus der Schule erzählt man der „Tägl. Rundschau": Bei Behandlung der Geschichte von Josef, der von seinen Brüdern verkauft worden war, stellte der Lehrer die Frage: „Was wird der Vater gedacht haben, als er den blutbefleckten Rock seines Sohnes sah?" Darauf erfolgt im schönen schlesischen Dialekt die unerwartete Antwort: „S' is schoade um dan guten Ruck!"

Neueste Nachrichten.

Der Ausstand im Ruhrrevier.

Der Streik soll bisher 50 Zechen des Dortmunder Reviers mit einer Gesamtbelegschaft von mehr als 80,000 Mann erfaßt haben, von denen aber bei weitem nicht alle streiken. Einstweilen herrscht, dem „Vorwärts" zufolge, Unsicherheit und Planlosigkeit unter den Arbeitern, die erst durch einen Beschluß der Vertrauensleute aller Zechen heute, Donnerstag, in Essen beseitigt werden soll. Die vereinigten Leiter der verschiedenen bergmännischen Organisationen fordern in einem gemeinsamen Aufruf u. a. dazu auf, alle Ueberschichten, die zur Kohlenförderung dienen sollen, zu verweigern, und zwar insbesondere mit Rücksicht auf die als berechtigt bezeichneten Forderungen der Belegschaft von „Bruchstraße". — Der Streik greift auch ins Herner Revier über.

Für die Kinder der streikenden Bergleute im Neuroder Revier

haben wir empfangen:

Bisher quittiert	341.12	Mk.
Arbeiter-Radfahrerverein „Vorwärts" Hartlieb-Krietern	7.—	„
Bei der Sylvesterfeier des Gesangvereins „Bildungskranz" durch Kornetzky	5.30	„
Kohlhase	0.50	„
Von 4 Schiffern der alten Oder	0.40	„
Wahlverein Rawitsch-Gostyn	10.—	„
Summa	364.32	Mk.

Redaktion der „Volkswacht".

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

Nach Breslauer Ortszeit.
(Mitteleuropäische Zeit plus 8 Minuten.)

Januar 11., 12.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+2,4	+2,5	+1,4
Luftdruck bei 0° (mm)	749,6	750,4	746,7
Dunstdruck (mm)	4,1	4,5	3,7
Dunstsättigung (pCt.)	75	89	72
Wind (0—12)	W. 6.	W. 5.	SW. 4
Wetter	bedeckt.	bedeckt.	bedeckt.

Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen. II. Schaufensterdekorateur Erich Kluge, evang., Feldstraße 31, und Hedwig Schinke, evang., Mystowitz O.-S. — Schlosser Ernst Müller, evang., Feldstraße 31 c, und Ida Jarschke, kath., Claassenstraße 19. — Vizefeldwebel Hugo Sowade, kath., Langegasse 49, und Martha Müller, kathol., Flurstraße 8.

Geburten. I. Restaurateur Friedrich Eisenkolb, kath., T. — Schuhmacher Karl Beier, evang., T. — Zimmermann Max

Scholz, evang., T. — Kutscher Hermann Wicke, evang., T. — Maurer Paul Schödel, evang., S. — Kaufmann Bernhard Dollinger, kath., T. — Bahnarbeiter Joseph Nawrath, kath., T. — Arbeiter Adolf Pfeiffer, ev., T. — Schneider Paul Kroner, kath., T. — Bahnarbeiter Karl Aeschor, kath., S. — Schuldiener Paul Radermacher, ev., T. — Buchbinder Max Polacke, ev., S. — Kutscher Karl Franzke, kath., T. — Lackierer Robert Quark, evang., T. — Töpfer Richard Seidel, ev., S. — Schlosser Emanuel Koatny, kath., T. — Königlicher Lokomotivführer Paul Gernig, ev., T. — Schlosser Robert Vogel, ev., S. — Hausdiener Heinrich Heinze, evang., T. — Haushälter Max Torke, ev., S. — Schlosser Joseph Becke, kath., S. — Gerbermeister Hermann Labich, kath. T. — Arbeiter Robert Bittner, kath., T. — III. Bäcker Hermann Bieneck, ev., S. — Ratsdiener Emil Kuhnt, ev., T. — Arbeiter Fritz Bloy, ev., S. — Kaufmann Emil Thuns, ev., T. — Maler Hermann Knauerhase, kath., S. — Brauer Karl Heinzelmann, ev., S. — Schneidermeister Ladislaus Swidzinski, kath., T. — Schuhmacher Karl Vogel, ev., T. — Arbeiter Friedrich Horn, ev., S. — Schuhmacher Karl Völkel, kath., S. — Arbeiter Hermann Pawel, ev., T. — Buchhalter Paul Förster, ref., T. — Kutscher Karl Schmidt, ev., T. — Arbeiter Paul Wiediger, kath., T. — Tischlermeister Bruno Rentwig, kath., S. — Haushälter Paul Koschnike, kath., S. — Monteur Gustav Pfuhl, ev., T. — Kürtner Hermann Fröhlich, ev., S. — Arbeiter Reinhold Hartmann, ev., S. — Volksschullehrer Arthur Weiß, ev., S. — Schneider Josef Günther, kath., S. — Volontärarzt Heinrich Jansen, ev.-luth., S. — Müller Paul Scholz, kath., T. — Telegraphen-Mechaniker Hugo Israel, jüd., S. — Tischler Ernst Zimmerling, ev., T. — Schuhmacher Paul Drabon, ev., S. — Dachdecker Emil Kusche, evang., S. — Kutscher Paul Thiel, evang., T. — Müller Bruno Slaude, kathol. T. — Arbeiter Hermann Weirauch, ev., S. — Arbeiter Oskar Schmidt, evang., S. — Schlosser Berthold Gabriel, evang., S. — Magistrats-Assessor Dr. jur. Alfred Glückmann, evang., T. — Eisenbahner Karl Krenzel, evang., S. — Maler Oskar Scholz, kath., T. — Rentier Konstantin von Paine, ev.-ref., T. — Hausdiener Paul Banck, kath., T. — Schneider Eduard Werner, kath., S. — Arbeiter Richard Feder, kath., S. — Rentenbanksekretär Paul Ballarin, ev., S. — Handlungsreisender Valentin Weber, kath., T.

Todesfälle. III. Karl, S. des Haushälters Karl Kirchner, 11 Mon. — Richard, S. des Schlossers Adolf Kusche 5 J. — Reinhold Reichelt, ohne Beruf, 18 J. — Verw. Handelsmann Therese Thiel, geb. Schneider, 76 J. — Schriftsetzersfrau Margarete Müller, geb. Gruber, 47 J. — Hedwig, T. des Kutschers Paul Matzke, 5 Monate. — Kürschner August Bürgelt, 48 J. — Arbeiter Gustav Haase, 38 J. — Kürtnerswitwe Christiane Dittmann, geb. Baumgart, 40 J. — Verw. Bäckermeister Johanna Wodzitzky, geb. Missalok, 61 J.

Vom 10. Januar.

Heirats-Ankündigungen. IV. Schriftsetzer Robert Kraus, kathol., Tauentzienplatz 11, und Elisabeth Kupke, evang., Hubenstraße 56. — Straßenbahnwärter Karl Matusch, evang., Neue Schweidnitzerstraße 6, und verw. Martha Margalla, geb. Kohl, ev., ebenda. — Stellmacher Robert Kolle, kath., Gabitzstraße 98, und Anna Jüttner, kathol., Hartlieb. — Arbeiter August Glowik, kathol., Tschepinerstraße 10, und Klara Burkert, ev., Reichstraße 22.

Eheschließungen. IV. Hutarbeiter Oskar Baumgart, evang., Oderstraße 2, mit Anna Adolph, kath., Siebenhufenerstraße 32. — Schriftsetzer Friedrich Wengerek, kath., Kleine Groschengasse 11, mit Elisabeth Freve, evang., Friedrichstraße 79 a. — Bahnarbeiter Heinrich Unzner, evang., Friedrich-Wilhelmstraße 97, mit Emma Häuber, evang., Tauentzienplatz 6. — Tischlermeister Hermann Albrecht, evang., Gottesberg mit Karoline Kroll, evang., Höfchenstraße 85.

Todesfälle. Arbeiter Robert Schlaye, 26 J. — Schuhmacherswitwe Mathilde Amplewitz, geb. Pudelko, 82 J. — Witwe Anna Gammert, geb. Schneider, 59 J. — Margarete, T. des Agent Gustav Winkler, 2 J. — Friedrich, S. des Kesselschmieds Otto Jedmann 12 Tg. — Verw. Kürschnermeister Friederike Wittenberg, geb. Jungmann, 80 J. — Arbeiter Paul Leber, 45 J. — Verehel. Malermeister Meta Binner, geb. Ullmann, 25 J. — Friedrich, S. des Arbeiters Thomas Zalutta, 13 J. — Aufseherwitwe Johanna Haule, geb. Hoffmann, 78 J. — Kaufmann Paul Rill 44 J. — Restaurateur Paul Schneider, 54 J. — Paula, T. des Tischlers Rudolf Hoffmann, 5 J. — Straßenbahnschaffner Johann Steinder, 47 J. — Martha, T. des Arbeiters Erwin Hein, 2 Mon. — Brennereibesitzerwitwe Anna Raschke, geb. Scharf, 58 J. — Reisender Richard Heckscher, 42 J. — Schmiedwitwe Sophie Schön, geb. Ochmann, 78 J. — Zeugschmiedefrau Marie Sonntag, geb. Bergmann, 67 J. — Arbeiter Heinrich Krause, 51 J. — Fritz, S. des Stellmachers Robert Haase, 3 Tg. — Fritz, S. des Kaufmanns Karl Klink, 10 Mon. — Schmiedwitwe Sophie Siemucke, geborene Sowitza, 73 J. — Rentiere Amalie Thomas, 75 J. — Arbeiterwitwe Anna Jogwich, geb. Pietsch, 38 J. — Max, S. des Bildhauers Karl Christoph, 4 Mon. — Dienstmädchen Marie Peiser, 85 Jahr. — Paul, S. des Kutschers Julius Schischke, 11 J. — Alma, T. des Schiffers Friedrich Rußmann, 7 Mon. — Johann, S. des Hausdieners Johann Pielka, 15 Minuten. — Tischlersfrau Anna Tschimmel, geb. Radler, 23 J. — II. Kurt S. des Schlossers Adolf Koch, 4 J. — Schuhmachergeselle August Grimmig, 55 J. — Fleischermeisterswitwe Anna Gutschke, geb. Rötche, 55 J. — Eduard, S. des Schuhmachers Andreas Glebocki, 3 Mon. — Max, S. des Telegraphenarbeiters Oskar Scruppa, 3 Wochen. — Frieda, T. des Arbeiters Karl Kleyke, 12 Tage. — Königlicher Eisenbahn-Stations-Assistent a. D. Oskar Zimpel, 68 J. — Arbeiterswitwe Auguste Lange, geb. Hantke, 63 J. — Schuhmachermeister Gustav Heinze, 51 J. — Ottilie, T. des Arbeiters Friedrich Germain, 3 Woch. — Gertrud, T. des Arbeiters Wilhelm Schmidt, 8 Mon. — Bertha, T. des Arbeiters Berthold Damke, 1 J. — Geh. Postrat Wilhelm Rohde, 68 J. — Ackerbürgerswitwe Dorothea Friedländer, geb. Nachscheer, 71 J. — Johannes, S. des Stellmachers August Haubner, 20 Tage. — Privatier Jakob Schüller, 70 J. — Musiklehrer Hermann Müller, 55 J. — Rentier Benjamin Baumgart, 68 J. — Ingenieur Hans Rogge, 51 J. — Schlossergesellenfrau Meta Keil, geb. Wunder, 22 J. — Laternenwärterswitwe Maria Bedrends, geb. Sacher, 60 J. — Hellmuth, S. des Arbeiters Fritz Glänzel, 3 Mon. — Kaufmannsfrau Elisabeth Rollfinke, geborene Reimann 29 J. — III. Haushälter Julius Garlt, 70 J. — Schneiderin Marie Görgens, 38 Jahr. — Verehel. Tapezierermeister Emma Saenger, geb. Schäfer, 48 J. — Sattler Hermann Grallert, 41 J. — Kupferschmied Joseph Bock, 41 J. — Straßenbahnschaffnersfrau Minna Bunzel, geb. Exner, 39 J. — Schuhmachermeister Ludwig Modrow, 47 J. — Paul, S. des Arbeiters Johannes Langner, 4 Mon. — Partikulier Albert Senkel, 70 J. — Martha, T. des Heizers Christian Hampe, 12 J. — Maria, T. des Tapezierers Paul Hoffmann, 12 J. — Meierin Franziska Brutscher, 22 J. — Schmiedswitwe Pauline Fuchs, geb. Budsich, 68 J. — IV. Brennersfrau Bertha Schnelle, geb. Kirschke, 66 J. — Kaufmannsfrau Ella Lewy, geborene Guhrauer, 30 J. — Tapezierer Maximilian Lichter, 28 J. — Restaurateur Albert Sindermann, 75 J. — Eisenbahnersfrau Maria Brühl, geborene Wisgott, 26 J. — Kaufmannswitwe Bertha Lunelk, geb. Eckert, 78 J. — Musiklehrersfrau Pauline Neumann, geb. Padelt, 61 J. — Verw. Gepäckträger Hedwig Lauschner, geb. Müller, 72 J. — Verw. Geheimer Regierungsrat Nanny, Freifrau von Seherr-Thoß, geb. Freiin von Beck-Hermsdorf, 57 J. — Rentner Julius Erichson, 75 J. — Verwitwete Zimmermann Rosina Hunrich, geb. Köhler, 67 J.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 12. Januar:

Freie Turnerschaft. Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 1.

Tapezierer-Verband. Abends 8 Uhr: Fachkursus (5. Abend). Zimmer Nr. 3.

Arbeiter-Abstinenten-Bund. Abends 9 Uhr: General-Versammlung.

Sonnabend, den 14. Januar:

Zentral-Verband der Schmiede. Maskenball.

Sonntag, den 15. Januar:

Arbeiter-Sänger-Bund. Vormittags 10 Uhr: Ausschußsitzung, Abrechnung von den beiden Festen.

Montag, den 16. Januar:

Zentral-Verband der Schmiede. Mitglieder-Versammlung.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Mitgliederversammlung. Zimmer Nr. 1.

Mittwoch, den 18. Januar:

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Abends 8½ Uhr: Generalversammlung. Zimmer Nr. 1.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Gräbschener Vorstadt).

Die Bezirksführer-Zusammenkunft findet Sonntag, den 15. Januar, früh 10½ Uhr statt. Neuwahl des Distriktsführer. Sämtliche Karten sind mitzubringen. Der Distriktsführer.

Bezirke 5 u. 7. Sonnabend, den 14. Januar, Abends 8½ Uhr: Kassenabend und Verschiedenes. Die „Neue Zeit" ist umzutauschen. Die Bezirksführer.

Distrikt II (Nikolai-Vorstadt und Pöpelwitz).

Bezirksführer-Zusammenkunft Donnerstag. Abrechnung. Jeder Bezirksführer hat sein Mitgliedsbuch mitzubringen. Der Tischler Georg Rothenburg, früher Tschepinerstraße, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Der Distriktsführer Fr. Fischer.

Distrikt III (Oder-Vorstadt).

Bezirk 32. Sonnabend, den 14. Januar: Zahlabend. Alle haben zu erscheinen. Der Bezirksführer.

Bezirk Rosenthal. Sonnabend, den 14. Januar, Abends 6 Uhr: Zahlabend im bekannten Lokal. Der Bezirksführer.

Distrikt V (Scheitnig).

Bezirke 61 u. 63. Sonntag, den 15. Januar, Abends 6 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Neuwahl des Führers für den 63. Bezirk. Kornetzky, Bezirksführer.

Bezirk 64. Die Beiträge werden Sonntag, 15. Januar von mir eingeholt. E. Zimmer, Bezirksführer.

Distrikt VI (Schweidnitzer, Ohlauer und Strehlener Tor)

Bezirk 73. Zusammenkunft Donnerstag, 12. Januar im bekannten Lokal. Zahlreiches Erscheinen notwendig. Der Bezirksführer.

Bezirk 81. Freitag, den 13. Januar: Zahlabend. Der Bezirksführer.

Distrikt VII (Innere Stadt).

Die Abrechnung findet erst am 20. Januar statt. Abrechnung vom Stiftungsfest. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Der Distriktsführer.

Bezirk 108. Sonntag, den 15. Januar, Vormittags 10½ Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Der Bezirksführer.

Gräbschen. Arbeiter-Radfahrer-Verein. Jeden Sonnabend Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.

Hirschberg. Metallarbeiter. Sonnabend, den 14ten Januar: Mitglieder-Versammlung in der „Andreasschenke" zu Cunnersdorf. Tagesordnung: Jahresbericht der Ortsverwaltung. Bericht über die Bezirks-Konferenz. Revision der Mitgliedsbücher. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Freiburg. Männer-Gesang-Verein „Vorwärts". Sonnabend, den 14. Januar, Abends 8 Uhr: General-Versammlung. Die Mitglieder werden dringend ersucht, zu dieser Versammlung vollzählig zu erscheinen. Der Vorstand.

Freiburg. Freie Turnerschaft. Sonnabend, den 21. Januar, Abends 8 Uhr: „Gründungsfest" im Gewerkschaftshause in Polsnitz, bestehend in turnerischen Aufführungen, Theater, humoristischen Vorträgen, Pyramiden und Tanz. Eingeführte Gäste haben Zutritt. Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Altwasser. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Jeden Sonnabend nach dem 1. jeden Monats, Abends 8 Uhr, im Gasthof zum „Eisernen Kreuz" Mitglieder-Versammlung.

Striegau. Gesangverein „Vorwärts". Sonnabend, den 14. Januar, Abends 8 Uhr: Versammlung in der „Bierquelle". Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Liegnitz. Deutscher Holzarbeiterverband. Sonnabend, den 14. Januar, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Kartellbericht. 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen. Die Versammlung findet im Saal statt. Die Ortsverwaltung.

Ohlau. Arbeiter-Radfahrer-Verein „Frisch auf". Jeden Sonnabend nach dem 1. jeden Monats, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Vereinslokal.

Posen. Versammlungslokal: Sommer, Sedwigstraße 16. Tapezierer. Sonnabend, den 14. Januar, Abends 8 Uhr: Versammlung.

Bromberg. Versammlungslokal „Kopyke", Thornerstr. Flößer. Sonnabend, den 14. Januar, Vormittags 9 Uhr: Konferenz.

Hafenarbeiter. Sonntag, den 15. Januar, Nachmittags 3¼ Uhr: General-Versammlung.

Aus der Geschäftswelt.

Mit gewohnter Pünktlichkeit überreicht die Haasenstein u. Vogler Aktien-Gesellschaft auch diesmal ihren zahlreichen Geschäftsfreunden die allbeliebte Neujahrsgabe in Gestalt ihres großen Zeitungs-Kataloges. Durch seine handliche Form, seinen mit großer Sorgfalt und Sachkenntnis bearbeiteten Inhalt, sowie seine elegante und praktische Ausstattung ist dieser Katalog längst ein unentbehrlicher Ratgeber für jedes Bureau geworden. In dem Katalog sind alle Zeitungen und Zeitschriften der ganzen Welt zusammengestellt, und bildet derselbe mit seinem übrigen, reichhaltigen Inhalt ein Nachschlagewerk ersten Ranges.

Stadt-Theater.
Donnerstag: Zum Besten des Gustav Freytag-Denkmals. **Die Valentine**
Freitag: Gastspiel Sigurd Arnoldson **„Romeo und Julia."**

Lobe-Theater.
Donnerstag: **„Der Raketenbinder."**
Freitag: **„Frühlingsluft."**

Thalia-Theater.
Freitag: Gruppe E, 6. Vorstellung: **„Zapfenstreich."**

Sozialdemokratisches
Liederbuch
von Max Kegel.
Preis 40 Pfg.

Wir empfehlen:
Die Frauen und die Politik
von Lily Braun.
Preis 20 Pf.
Zu beziehen durch die Expedition und Kolporteure.

Kanarien-Hähne und -Weibchen 63
werden aufgekauft Sonnabend, den 14. und Sonntag, den 15. Januar im Gasthof zum „Blauen Hirsch", Breslau, Ohlauerstraße. Westkämper.

Ein
vollständiges Schachspiel
20 Pfg. 20 Pfg.
mit Anleitung zum Erlernen.
Das interessanteste aller Spiele.
Zusammenklappbar in der Tasche zu tragen.
Zu beziehen durch die Expedition und Kolporteure.

Stuckateure!
Am 15. Januar 1905, nachmittags 4 Uhr
im „Gewerkschaftshause", Margaretenstr. 17, Zimmer 1:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
I. Abrechnung vom IV. Quartal 1904 mit darauf folgender Jahres-Abrechnung.
II. Jahres-Bericht des Vorstandes.
III. Neuwahl desselben.
IV. Verschiedenes. 64
Um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet
Die Ortsverwaltung.
NB. Die Mitgliedsbücher sind behufs Abstempelung und der Statistik mitzubringen. D. O.

Die Krankenkassen-Kommission der Breslauer Zahnärzte
erklärt hiermit, daß die Berichtigung des Herrn Zahnarzt **Alfred Freund, Friedrich-Wilhelmstr.,** in Nr. 6 dieser Zeitung, „er habe niemals eine ehrenwörtliche Verpflichtung abgegeben", eine bewußte Unwahrheit ist. 65
Gröhler, Dr. Hahn. Kapanner, Silbermann.

Buchhandlung „Volkswacht", Neue Graupenstr. 5/6.
Soeben erschien:
Die Opfer der Kaserne.
Eine Anklageschrift
nebst einer Sammlung militärgerichtlicher Urteile von
Rud. Krafft
fr. bayerischer Premierleutnant a. D.
96 Seiten. — 50 Pfg. — (Porto 10 Pfg.)
Zur Aufklärung über die wahren Ursachen der Soldatenmißhandlungen ist diese Schrift des bekannten Fachmannes unentbehrlich. Zur Agitation enthält sie eine Fülle von Material.

Der Neue Welt-Kalender für 1905
ist soeben erschienen und durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.
Preis 40 Pfennige.

Neu erschienen!
Das Arbeiter-Recht
von Arthur Stadthagen.
Vierte revidierte und vermehrte Auflage.
Stadthagens Arbeiterrecht
ist ein billiger und zuverlässiger Arbeiteranwalt und sollte daher in keinem Hause fehlen.
Der Preis für das gebundene Werk ist 1 Mk., dasselbe ist auch in 28 Heften à 20 Pf. zu beziehen.
Erhältlich
durch die Expedition und Kolporteure.

Verantwortl. Redakteur für die Rubrik: „Lokales und Provinzielles" und die Inserate: Franz Rühs; — für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt" Paul Löbe. Redaktion u. Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oscar Schütz. — Druck von Th. Scheurn G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. [Hierzu 1 Beilage.

Beilage zu Nr. 10 der „Volkswacht“.

Freitag, den 13. Januar 1905.

Im Ruhrrevier.

Zur Beurteilung der Sachlage in den Streikgebieten dürfte folgender, von einem Redakteur des „Vorwärts“ stammender Versammlungsbericht wesentliche Dienste leisten, weshalb wir ihn abdrucken:

In den beiden Vormittagsversammlungen, die für die Belegschaften der Zechen Kaiserstuhl 1 und 2 und Scharnhorst abgehalten wurden, sind folgenschwere Entscheidungen gefallen. Ernst war die Situation auf alle Fälle.

Die planlose Einstellung der Arbeit gegen den Willen der Organisationsleiter hatte die Leute in die Lage gebracht, entweder die Wiederaufnahme der Arbeit zu beschließen und damit in aller Form anzuerkennen, daß sie ohne Ueberlegung gehandelt haben, oder gegen den dringenden Rat ihrer Führer die Fortsetzung des Streiks zu beschließen und damit einen Schritt zu tun, dessen Folgen sich schwer voraussehen lassen.

Um es vorweg zu nehmen: **Die Arbeiter beschlossen, weiter zu streiken.**

Auf der Hobertsburg in Dortmund versammelte sich die Belegschaft von „Kaiserstuhl 1 und 2“. Der große scheunenartige Versammlungsraum, der einen sehr öden Eindruck macht, war von etwa 2500 Menschen bis in den letzten Winkel gefüllt. Nach 11 Uhr eröffnete der Vertrauensmann der Dortmunder Bergleute, Hoffeld, die Versammlung. Als Vertreter der Organisationen waren Sachse, Efferts und Vertreter der Hirsch-Dunckerschen sowie der Polen anwesend.

Die Organisationsvertreter hatten vor der Versammlung mit Vertrauensleuten der Zechen eine Besprechung gehabt und dann spielte sich ein Schauspiel ab, das einen tiefen Eindruck auf mich gemacht hat. Hoffeld forderte zunächst die Kameraden auf, ihre Beschwerden, die Gründe der Arbeitsniederlegung vorzutragen. Das taten sie. Einer nach dem anderen, traten nicht weniger als 25 Mann auf und trugen ihr Anliegen vor. Nichts Besonderes. Alle die bekannten Einzelheiten über schlechte Löhne, ungerechtfertigte Abzüge, Arbeitszeit, schroffe Behandlung usw. Was auf mich wirkte, waren die Menschen und die Art, wie sie ihre Beschwerden vortrugen. Die blutleeren, knochigen Gesichter, die Arbeitskleidung, in der ein großer Teil erschienen war, und dazu der schlichte Vortrag. Mit „Glückauf!“ betrat jeder das Rednerpult, das auf zwei wackeligen Tischen aufgestellt war. Wenige Worte hatte jeder nur zu sagen, in fast klassischer Einfachheit und Kürze kam es heraus, ohne Kunst, ohne Schminke. Einer war ein Stotterer, aber er sagte ebenso einfach und ebenso ernst, was ihn drückte. Ein anderer in plumpen Grubenstiefeln und mit einem Gesicht, in dem man das gar nicht vermutete, entwickelte eine gleich einfache und gleich anschaulich wirkende Kunst der Darstellung, schilderte in seinem Dortmunder Platt so anschaulich und humoristisch — ohne sich dieser Wirkung bewußt zu sein — verschiedene Szenen in der Grube, daß ich ihnen gern länger zugehört hätte.

Dann traten die Verbandsvertreter auf. Zuerst sprach Sachse. Er hielt den Leuten in eindringlichster Weise vor, wie **planlos und unüberlegt sie gehandelt.** Keine Forderungen formuliert, weder ihre Vertrauensleute, noch ihre Organisationsvorstände in Kenntnis gesetzt, keinen Beschluß gefaßt und so ohne die geringste Vorbereitung und ohne Berücksichtigung der möglichen Folgen, einfach Belegschaft um Belegschaft, Schicht um Schicht die Einfahrt verweigert! Er verwies auf die früher gefaßten Beschlüsse, die jetzt durchbrochen seien, auf die Gefahren des allgemeinen Streiks, die um so größer seien, je ungeordneter er sich entwickele, auf die ungeheuren Opfer, die er erfordere, und daß **die Unternehmer ihn wünschten.** Er teilte mit, daß nächsten **Donnerstag eine Konferenz der Vertrauensleute des ganzen Ruhrreviers** stattfinden werde, die über das Vorgehen der Kameraden im ganzen Revier beschließen werde. Er forderte die Leute in eindringlichster Weise auf, **die Beschlüsse dieser Konferenz abzuwarten und vorläufig wieder anzufahren.**

Sachses Worte schienen Eindruck gemacht zu haben. Er erhielt lebhaften Beifall und kein Widerspruch wurde laut.

Ihm folgte Efferts von den Christlichen, der im gleichen Sinne redete.

Darauf traten verschiedene Redner aus der Mitte der Streikenden auf, die zum Aushalten mahnen. Einer sagt, man solle auch noch andere zum Streiken auffordern.

Die Polizei mischt sich ein: „Das ist Aufforderung zu strafbaren Handlungen!“ „Sie dürfen nicht weitersprechen! „Ich werde Sie anzeigen!“ „Namen genau feststellen!“

Es folgt ein Vertreter der polnischen Organisation, der in polnischer Sprache zur Wiederaufnahme der Arbeit mahnt und das gleiche tut der Vertreter der Hirsch-Dunckerschen.

So geht das noch längere Zeit. Wieder treten Leute auf, die zum Ausharren auffordern, und wieder mahnen die Führer zur Disziplin, zum Abwarten, zur Wiederaufnahme der Arbeit.

Sachse braucht die schärfsten Worte gegen die unverantwortlichen, unklugen Ratgeber, die den Streik verschuldet hätten. **Er redet von bezahlten Lockspitzeln.**

Die Versammlung war nicht stürmisch, im Gegenteil, ruhig, aber dramatisch für jeden, der den Ernst der Lage fühlte.

Und als endlich gegen 3 Uhr der Vorsitzende fragt, **wer für Wiederaufnahme der Arbeit ist, da erheben sich nur wenige Hände.**

Unter lautem freudigen Hurra beschließt die Versammlung **weiter zu streiken.**

Darauf gibt der Vorsitzende einige Anweisungen über die Organisierung des Streiks, ermahnt die Streikenden zur Ruhe und Sachse gibt die Versicherung, daß nun, nachdem das Folgenschwere einmal geschehen, der Verband die Streikenden **nach Kräften unterstützen werde.** Auch er fordert zur Ruhe und Disziplin auf und spricht außerdem die Erwartung aus, daß, wenn die Revierverteter am Donnerstag Beschluß gefaßt haben, man **diesen** respektieren werde, wie er auch ausfalle.

Nachmittags spät wird eine zweite Versammlung in demselben Lokale die Forderungen formulieren.

Die Beschlüsse der Belegschaften von „Kaiserstuhl“ und „Scharnhorst“ werden vermutlich ebenso alarmierend auf die übrigen Belegschaften wirken, wie ihre plötzliche Arbeitseinstellung.

Schlag auf Schlag kamen heute die Meldungen. Zu den gestern gemeldeten wurden heute im Laufe des Tages noch gemeldet die Zechen „Schleswig-Holstein“, „Schwerbank-Charlottenburg“, „Freie Vögel“, „Krone“, „Tremonia“, „Minister Stein“, „Hardenberg“, „Baaker“, „Mulde“, „Dorstfeld II“, „Borussia“, „Friedrich Karl“, „Neumühl“, „Maßen“ und einige kleine.

Es dürften, wenn sich alle diese Nachrichten in vollem Umfange bestätigen, was bei der Plötzlichkeit des Hereinbrechens nicht sicher zu beurteilen ist, schon zirka

25,000 Mann

beteiligt sein.

Polizei ist massenhaft zusammengezogen. Für das Verlangen nach polizeilichem Schutz genießen die Unternehmer am Telephon Bevorzugung.

Eine **fliegende Gendarmerie-Abteilung** steht bereit, überall hinzukommen.

*

Der Regierungspräsident von Düsseldorf wurde dem Vernehmen nach in Bochum zu Beratungen mit den Behörden über die Streikbewegung erwartet. Die Bewegung hat an Umfang zugenommen, obwohl der Abgeordnete Sachse unter anderem gesagt hat: „Wird der Generalstreik beschlossen, so kann er nur wenige Tage dauern, denn wir haben kein Geld.“

Nach Blättermeldungen sind auf Zeche „Dahlhausen Tiefbau“ von der 320 Mann betragenden Morgenschicht nur sieben angefahren, auf Zeche „Hasenwinkel“ von 700 nur 100 Mann, auf Zeche „Gottessegen“ von 450 nur 30 Mann; auf Zeche „Dannebaum“, „Schacht 2“ sind 344, auf „Friederika“ 270 Mann nicht eingefahren. Auf Zeche „Konstantin 3“ ist die Morgenschicht ausgeblieben.

*

Nach amtlicher Ermittelung erstreckt sich der Streik bis jetzt auf 43 Schächte. Mittwoch Morgen sind etwa 21,358 Mann nicht eingefahren.

Deutscher Reichstag.

115. Sitzung vom Mittwoch, den 11. Januar 1905, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Nieberding.

Die zweite Lesung des Etats für 1905

beginnt mit dem Etat für den Reichstag, der debattelos angenommen wird. Bei dem Reichsjustizetat wird auf Antrag Müller-Sagan (Freis. Vpt.), dem Abg. Erzberger (Zentrum) widerspricht, Präsident Graf Ballestrem aber beipflichtet, die Resolution Müller-Meiningen, betreffend **Regelung des Fremdenrechts**, zuerst zur Beratung gestellt. Die Resolution verlangt, daß die Gegenseitigkeit gemäß §§ 102 und 103 des Reichsstrafgesetzbuches a) nur nach ordnungsmäßig veröffentlichten und genehmigten Staatsverträgen und b) nur solchen Staaten gewährt wird, welche nach ihrer eigenen inneren Verfassung eine Verbürgung der Gegenseitigkeit gewährleisten können. Die Resolution will ferner Verträge über die Auslieferung fremder Staatsangehöriger dem Reiche vorbehalten und verlangt alsbaldige Kündigung der Auslieferungsverträge der Einzelstaaten.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (Freis. Vpt.):

Der Königsberger Hochverratsprozeß hat in weiten Kreisen den Verdacht erweckt, daß hier eine **Verquickung von Politik und Recht** vorgekommen sei. **Im preußischen Abgeordnetenhaus ist uns keineswegs genügende Aufklärung gegeben worden und der Verdacht ist noch nicht zerstreut.**

Nach unserer Ueberzeugung hat sich durch diesen Prozeß die Staatsanwaltschaft und das Gericht in Königsberg und vor allem auch das preußische Justizministerium blamiert. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem: Sie dürfen vom den Ministerium eines Bundesstaates nicht sagen, daß es sich blamiert hat.** (Lachen links.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen fortfahrend: Ich hoffe, durch die Tatsachen, die ich noch anführen werde, Ihnen zu zeigen, daß das Justizministerium sich blamiert hat.

Präsident Graf **Ballestrem** nickt mit dem Kopf.

Mit dem Königsberger Prozeß hat die Regierung der äußersten Linken einen großen Dienst erwiesen bei der gerade zu dieser Zeit manches nicht klappte. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Schwere Fehler sind bei dem Verfahren gemacht worden. Eröffnungsbeschluß und Voruntersuchung charakterisieren sich als Scheinhandlungen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Die Verwendung gefälschter Uebersetzung und der Umstand, daß man nicht einmal ein russisches Strafgesetzbuch aufschlägt, zeigt,

mit wie unerhörtem Leichtsinn

gewisse Handlungen gewisser Behörden vorgenommen sind. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Daß man die Anklageschrift nicht vorlegte, war eine Gesetzes-Uebertretung schärfster Art. (Sehr richtig! links.) Wie konnte in einem Falle, der geradezu von Weltbedeutung ist, mit einer solchen Oberflächlichkeit vorgegangen werden? Bei den Fälschungsgeschichten sollte eigentlich der Reichskanzler Rede und Antwort stehen. Wie konnte Deutschland sich eine derartige Behandlung von dem russischen Generalkonsul gefallen lassen? (Sehr richtig, links.) — Ist im Justizministerium die Frage der Gegenseitigkeit überhaupt nicht geprüft worden? Das halte ich für undenkbar. (Na, na, bei den Soz.) Merkwürdiger Weise sind der Referent des preußischen Justizministeriums und der russische Generalkonsul in den gleichen Fehler über die betreffenden Paragraphen des russischen Strafgesetzbuches verfallen, so daß man beinahe auf den Gedanken kommen könnte, daß sie beide mit einander in Verbindung ständen. Auch der Urlaub des Referenten, der über eine so wichtige Sache zu berichten hatte, ist in einem derartig disziplinierten Staat wie Preußen äußerst merkwürdig; mußte doch selbst die russenfreundliche Post hier einen Akt ungeheuerlichen

bureaukratischen Schlendrians

konstatieren. Auch daß ein blutjunger Assessor als Hilfsrichter herangezogen, war eine offenbare Provokation des öffentlichen Rechtsbewußtseins. — Ich habe zwei Fragen an den Reichskanzler zu richten. 1. Was denkt er gegen das Verfahren des kaiserlich russischen Generalkonsuls in Königsberg zu tun? 2. Wie stellt er sich zur offenbaren Verhöhnung deutscher durch russische Gerichte, die sich weigern, die deutschen Verteidiger zuzulassen?

Die praktische Frage, die der Prozeß uns aufdrängt, ist die: wie können wir für die Zukunft einer Wiederholung solcher Fälle vorbeugen? Die Herren von der äußersten Linken verlangen einfach Streichung der §§ 102 und 103. Sie werden aber selbst nicht glauben, daß sich dafür eine Mehrheit im Reichstage finden wird. Unsere Anträge bedeuten auf alle Fälle, wenn sie angenommen werden, einen positiven Fortschritt; übrigens sind wir ja etwaigen Verbesserungsanträgen durchaus nicht abgeneigt. Die Annahme unserer Anträge verhindert wenigstens die Wiederkehr der skandalösen Vorgänge in Königsberg und stellt Auslieferungsverträge unter die wirksame Kontrolle des Reichstags.

Nach seinen gegenwärtigen Rechtszuständen **kann** Rußland überhaupt keine Gegenseitigkeit verbürgen. (Sehr richtig! links.) Können doch dort geheime Ukase alle Gesetze illusorisch machen, wofür Professor von Reusser geradezu frappante Beispiele angeführt hat. Ich bemerke ausdrücklich gegenüber dem „Vorwärts“, daß wir den Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen als ausschließliche Reichssache betrachten, die der Genehmigung des Reichstages bedarf.

Im engsten Zusammenhange mit den Gegenseitigkeitsverträgen steht das Recht der Ausweisung bezw.

Auslieferung fremder Staatsangehörigen.

In juristischen Kreisen herrscht jetzt völlig die Ueberzeugung, daß die Fremdenpolizei, zumal sie zu internationalen Verwickelungen führen kann, der Kontrolle des Reiches unterliegt. Berief sich doch, wie aus den vorjährigen Enthüllungen des Grafen Bülow hervorging, bei Auslieferungen an Rußland Bismarck stets auf das politische

Aus aller Welt.

Du läßt den Armen schuldig werden . . ., dann überläßt du ihn der Pein, denn alle Schuld rächt sich auf Erden. Diese Worte Goethe's passen so recht auf die bürgerliche Gesellschaft, die viele Arme und Elende der Not und dem Siechtum überliefert, so daß sie schließlich in Verzweiflung zum Schnaps greifen oder Mord an sich und ihren Angehörigen verüben. Das beweist wieder folgender Fall:

Einer entsetzlichen Familientragödie sind Dienstag Vormittag in Rixdorf drei kleine Kinder zum Opfer gefallen. Dort hat der 28 jährige Drechsler und Händler Arthur Mederský seine drei Kinder im Alter von 3, 1½ und ¾ Jahren stehenden mittels einer Zuckerschnur erhängt und sich dann selbst zu erhängen versucht. Die Kinder sind tot, der Vater blieb am Leben.

Nach den Mitteilungen der Blätter ist Mederski ein durch den Trunk herabgekommener Mensch, der sich oft Roheiten gegen seine Frau zu schulden kommen ließ, sodaß diese ihn schon öfters verlassen mußte, um bei Verwandten Unterkunft zu suchen. Dies hatte sie auch am vergangenen Donnerstag getan, und Mederský schien infolgedessen den Entschluß gefaßt zu haben, sich und seine Kinder ums Leben zu bringen. Er erschien Dienstag Vormittag um 10.30 Min. in verstörtem Zustande in einer im Nebenhause belegenen Schankwirtschaft, übergab dem Wirte zwei Pakete, deren eines seinen Trauring enthielt, mit der Bitte, sie zwei weiteren Bekannten zu übergeben und sagte schließlich wie im Traume vor sich hin: „Die Kinder hängen schon, nun mache ich auch nicht mehr lange.“ Als er kurz darauf das Lokal verließ und in seine Wohnung lief, folgten ihm die Wirtsleute mit einem herbeigerufenen Schutzmann. Letzterer schlug mit dem Säbel von außen das Fensterkreuz ein, worauf M., der sich soeben zu erhängen versucht hatte, zu Boden fiel. Sofort sprang er wieder auf und suchte den Beamten am Eindringen zu verhindern. Den nunmehr mit Gewalt eindringenden Personen bot sich ein entsetzlicher Anblick. An der eisernen Bettstelle hingen nebeneinander die erdrosselten Kinder Arthur, Olga und Oskar M. Die beiden jüngsten waren bereits tot, während das älteste noch schwache Lebenszeichen von sich gab und nach dem Krankenhause am Urban gebracht wurde. Bei der Ankunft daselbst war jedoch auch dieses Kind bereits verschieden. Der Mörder wurde von der mittlerweile erschienenen Revierpolizei in Haft genommen, während eine Kommission der Rixdorfer Kriminal-Polizei den Tatbestand aufnahm.

Das unerbittliche Gesetz. Für zehn Pfennige Briketts hatte die Mühlenarbeitersehefrau Marie Martha H. aus Wurzen bei Leipzig aus dem verschlossenen Keller des Büchsenmachers M. dortselbst am 15. Oktober gestohlen. Da sie zur Oeffnung des Kellers den ihr gehörigen, zufällig passenden Kellerschlüssel benutzt hatte, lag schwerer Diebstahl vor, und die arme Frau muß nun, obwohl ihr von der Strafkammer mildernde Umstände zugebilligt und auf das Strafmindestmaß erkannt wurde, ihre Tat mit drei Monaten Gefängnis büßen.

Dies ist ein Beispiel von den vielen, wie notwendig eine durchgreifende Reform unserer ganzen Strafgesetzgebung ist.

Fideles Festungsleben für Soldatenschinder. Ein Beitrag zu dem Festungsleben in Ehrenbreitenstein wird der „Kölnischen Zeitung“ unter der Ueberschrift „Ut mine Festungstid“ berichtet. Der Gewährsmann des Kölner Blattes berichtet von einem Besuche, den er in den 90er Jahren einem auch auf der Festung Ehrenbreitenstein sitzenden jungen Offizier machte, der wegen Mißhandlung eines Soldaten, und zwar nicht des ersten, zu einer mehrwöchigen Haft verurteilt war. Er schreibt: Ich habe mich damals schwer entschlossen, meinen Bekannten aufzusuchen, da ich fürchtete, daß er durch sein Schicksal schwer deprimiert sei und daß mir der Eindruck meines Bekannten meine Erholungsreise verderben würde. Glücklicherweise wurde ich enttäuscht. Nachdem ich mich unten legitimiert und angemeldet hatte, wurde ich an die Zelle meines Freundes geführt. Ein junges Mädchen mit einer hübschen weißen Schürze nahm mir meine Visitenkarte ab mit der Bemerkung, die Herren seien gerade beim Mittagessen. Ich wurde aber natürlich sofort angenommen und mußte nolens volens „Gefängniskost“ annehmen. Es war dies keine „allzustrenge“ Strafe. Erst gab es eine sehr gute Fleischbrühe, dann Filetbraten mit jungen Gemüsen, eine Zwischenspeise, Geflügel und Dessert. Dazu eine vorzügliche Erdbeerbowle und zum Schluß den unvermeidlichen Champagner! Wir waren 5 oder 6 Herren, 5 Sträflinge und meine Wenigkeit. Unter heitern Witzen und Erzählungen ging die Zeit rasch vorüber. Nach Tisch führte mich mein Freund auf der Festung umher und dann rauchten wir im Garten eine gute Zigarre. Nachdem ich mich von hier aus noch an der wunderbaren Aussicht auf den Rhein und die Mosel ergötzt hatte, ging es zurück in die „düstere“ Zelle, wo sich die übrigen Sträflinge inzwischen zu einem Skat zusammengetan hatten. Nach einem guten Kaffee kam eine zweite Auflage, wie es schien, die verbesserte Auflage — Bowle. Leider ließ es meine Zeit nicht zu, länger zu bleiben, denn es ging tatsächlich äußerst fidel zu.

Dieses Bild gibt eine treffliche Illustration zu dem Grundsatz: Gleiches Recht für alle.

Die Eisenbahnverwaltung auf der Anklagebank. Am 22. Mai 1904 fand auf der Strecke der Tannwald-Grünthaler Eisenbahn zwischen den Stationen Schumburg und Tiefenbach-Dessendorf ein Zusammenstoß eines vollbesetzten Personenzuges, welcher zumeist Pfingstausflügler in das Iser- und Riesengebirge enthielt, mit einem Güterzuge statt, wobei leicht ein furchtbares Unglück hätte geschehen können, da die Strecke dort eine scharfe Krümmung macht und der eine Zug von dem andern aus erst auf vier bis fünf Wagenlängen gesehen werden konnte. Wäre der Personenzug bereits mit voller Geschwindigkeit gefahren, so war eine Katastrophe unvermeidlich. So wurden zwar einige Waggons zertrümmert, aber nur eine Anzahl von Personen leicht verletzt. In diesen Tagen stand der dreißigjährige Hugo Appelt, Verkehrsadjunkt der S. N. D. V. B. in Tannwald-Schumburg, deshalb unter der Anklage des Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens vor einem Erkenntnissenate des Kreisgerichtes in Reichenberg. Appelt hätte den Güterzug nämlich um 7 Uhr 35 Minuten Abends am genannten Tage ablassen sollen, hat ihn aber bereits um 7 Uhr 17 Minuten abgehen lassen, wodurch der Zusammenstoß herbeigeführt wurde. Der Beschuldigte gab beim Verhöre zu, daß ihn insofern an dem Zusammenstoße die Schuld treffe, weil er gegen seine Instruktion den Zug früher abgehen ließ, führte jedoch an, daß er infolge des zwölfstündigen Dienstes ermüdet und abgespannt war. Aus der Vernahme eines Zeugen ergab sich, daß ein Stationschef von dem Angeklagten wegen der signalisierten Verspätung des Personenzuges zwar telegraphisch angefragt wurde, aber aus dem Grunde nicht am Apparate weilte, weil er gerade am Schalter zu tun hatte, denn er ist auch Kassierer. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu einem Monat strengem Arrest.

Als ein leeres Gerücht erweist sich die Nachricht, daß in der Tongrube des Rittergutsbesitzers Dippe in Morl bei Halle beim Schlittschuhlaufen 12 Kinder ertrunken seien. Nachforschungen in Morl sollen ergeben haben, daß an der Mitteilung nichts Wahres sei. Das ist gewiß um der angeblich ertrunkenen Kinder willen erfreulich. Aber unverständlich und unverzeihlich ist es, wie man ein derartiges Gerücht verbreiten kann.

Für das „Blumenmedium“ Anna Rothe, die vor einiger Zeit gestorben, wird in spiritistischen Kreisen eine Trauerfeier, verbunden mit einer „Ehrenerklärung“ geplant. Die Verstorbene wird in Spiritistenblättern als „Märtyrerin der Wahrheit“ gefeiert, die „den plumpen Keulenschlägen des Materialismus“ zum Opfer gefallen sei. Augenzeugen berichten, daß sie sich noch bis in ihre letzten Lebenstage als „unzweifelhaft echtes Medium“ bewährt, nicht nur Blumen und Früchte, sondern auch — Fichtenbäumchen aus der Luft apportiert hätte usw. Es gibt eben Leute, denen nicht zu helfen ist!

Vater und Sohn. Den gleichen Tod wie sein Sohn fand der hochbetagte Lehrer Glander aus Funkenhagen in Pommern, der Vater des am 2. Januar auf dem Bahnhof Westend von einer Lokomotive totgefahrenen Lokomotivheizers Paul Glander. Der alte Herr Glander war zur Beerdigung seines Sohnes nach Charlottenburg gekommen. Auf der Rückreise nach seinem Heimatsorte mußte er auf dem Bahnhof in Köslin umsteigen. Da er viel Handgepäck bei sich hatte, verspätete er sich beim Aussteigen. Als er dann die Geleise

Interesse. Die Moderne verlangt also dringend reichsgesetzliche Regelung. — Der russisch-deutsche Auslieferungsvertrag von 1885 stellt ohne weiteres den Angeklagten dem Verurteilten gleich: die Handlung eines beliebigen russischen Prokurators genügt also, um die Auslieferung eines sich in Deutschland aufhaltenden Russen zu erzwingen. (Hört, hört! links.) Das administrative Verfahren, das in Deutschland gegen Fremde eingeschlagen wird, hat beinahe russische Rechtszustände geschaffen. (Sehr richtig! links); auf diesem Gebiete kann es gewiß nicht heißen: Preußen in Deutschland und Deutschland in der Welt voran. (Sehr gut! links.) Wohin soll es kommen wenn Fremde längere Zeit in administrativer Haft gehalten werden, bloß, um sie auszuweisen zu können? (Sehr gut! links.) Auf Grund wie nichtiger Dinge werden heut sogar Massenausweisungen vorgenommen! Wir wünschen, daß solche Massenausweisungen nur auf Grund besonderer Gesetze und Einzelausweisungen nur nach einem geregelten Verfahren erfolgen sollen. (Sehr richtig! links.) Strikte muß zwischen Ausweisung und Auslieferung unterschieden werden und Armut darf unter keinen Umständen den Grund zur Ausweisung eines Fremden abgeben. (Sehr richtig! links.) Preußen besitzt bereits mit vierzehn anderen Staaten, darunter mit den großen modernen Kulturstaaten Auslieferungsverträge. In allen wird die Auslieferung wegen politischer und auch nur relativ politischer Vergehen ausgeschlossen und wird das sogenannte Asylrecht gewahrt.

Ebenfalls gewahrt wird das Enumerationsprinzip, wonach die Vergehen, wegen deren ausgeliefert wird, aufgezählt werden müssen. Ganz anders sind die beiden Verträge Rußlands mit Preußen und Bayern vom Jahre 1885, während doch gerade gegenüber Rußland mit seinen unsicheren Rechtszuständen die Kontrolle über die Auslieferung noch verschärft sein sollte. (Beifall links.) Statt dessen genügt hier die bloße Anschuldigung eines russischen Staatsangehörigen, um seine Auslieferung zu bewirken. (Hört, hört! links.) Damit werden einfach alle Errungenschaften des modernen Völkerrechts über den Haufen geworfen. Auch von nationalliberaler und ultramontaner Seite ist im Abgeordnetenhause eine Reform verlangt worden. Der konservative Abgeordnete Pallaske hat dagegen den Vertrag von 1885 als den Grund für Preußens künftige Größe bezeichnet. (Große Heiterkeit links.) Nach diesem konservativen Herrn haben wir also die Errichtung des Deutschen Reiches nur der Großmut des damaligen Zaren zu danken. (Hört hört! links.) Der bayerisch-preußische Vertrag hat auch in der Kammer der Reichsräte die berechtigte Opposition gefunden. — Herr von Hammerstein erklärte, daß unter seiner Ausführung politische Flüchtlinge nicht ausgeliefert würden. Sie sind aber ausgewiesen worden, ohne daß man ihnen die Wahl der Grenze frei ließ. Wir verlangen, daß der Ausgewiesene unter allen Umständen die freie Wahl der Grenze hat. (Sehr gut! links.) Hessen, das kleine Hessen, beschämt trotz der nahen verwandtschaftlichen Beziehungen des Darmstädter und des Petersburger Hofes Preußen und Bayern durch seinen Vertrag mit Rußland vom Jahre 1868, der die Delikte genau aufzählt, eine Menge Rechtsgarantien bietet und das politische Asylrecht aufrecht erhält. (Hört, hört! links.) Um noch einmal unsere Forderungen zusammenzufassen: wir verlangen die Aufrechterhaltung des politischen Asylrechts, das Enumerationsprinzip und die Auslieferung nur auf Gerichtsbeschluß, sowie den Abschluß von Auslieferungsverträgen ausschließlich durch das Reich. Es handelt sich um eine kulturelle Frage allerersten Ranges und so bitten wir denn, im Interesse der Kultur, das Haus, unsere Anträge anzunehmen. (Lebh. Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Nieberding:

Nach meiner Meinung würde es gut sein, wenn sich der Reichstag auf die Beurteilung von Prozessen, die noch schweben, nicht einlassen würde. Ich kann nicht zugeben, daß Fehler von symptomatischer Bedeutung bei diesem Prozesse zutage getreten sind. (Widerspruch links.) Erst die Entscheidung des Reichsgerichts kann uns in die Lage setzen, zu beurteilen, ob der Prozeß zur Aenderung der Strafprozeßordnung Veranlassung gibt. (Von den weiteren Ausführungen des Staatssekretärs bleiben viele wegen der leisen Stimme des Redners auf der Tribüne unverständlich.) Soviel ich weiß, betrachtet der Reichskanzler die Gegenseitigkeit als auch von Rußland verbürgt. (Hört, hört! links.) Den Einzelstaaten ist das Recht, Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen, durch die Reichsverfassung verbürgt; es kann ihnen nur durch Reichsverträge über die Auslieferung fremder Staatsangehörigen genommen werden. Der Reichskanzler wird selbstredend zur Abschließung solcher Verträge geneigt sein, wenn sie durch die deutschen Interessen gefordert werden. Bis dahin kann er nicht in die reichsverfassungsmäßig garantierten Rechte der Einzelstaaten eingreifen.

Abg. Lucas (nationalliberal):

Auf den Königsberger Prozeß will ich nach den ausführlichen Darlegungen des Kollegen Müller und den voraussichtlich noch ausführlicheren Darlegungen des Kollegen Haase (Heiterkeit) nicht eingehen. Ein Ruhmesblatt der deutschen Rechtspflege bildet er jedenfalls nicht. Die Resolution Müller-Meiningen erscheint uns durchaus begründet. Die Paragraphen 102 und 103 sind in ihrer jetzigen Form auf die Dauer unerträglich. Wohl verlangt das gemeinsame Interesse der Kulturstaaten, feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten zu bestrafen. Aber unser Interesse an der Kulturgemeinschaft braucht nicht größer zu sein, als das der befreundeten Staaten. (Sehr richtig! links.) Wir brauchen auf auswärtige Staaten Rücksicht nur in dem Maße zu nehmen, als in ihnen auf unsere Reichsangehörigen Rücksicht genommen wird. Die Ausführungen des Reichsjustizsekretärs können uns nicht bestimmen, der Resolution Müller-Meiningen unsere Zustimmung zu versagen. (Beifall links.)

Abg. Haase (Sozialdemokrat):

Mit einer leichten Handbewegung glaubte der Reichskanzler bei der ersten Etatsberatung über den Königsberger Prozeß hinweggehen zu können. Es handle sich nur um juristische Meinungsverschiedenheiten, meinte er. In dieselbe Kerbe hieb heute der Staatssekretär. Aber beide haben damit Unglück gehabt. Als im Februar vorigen Jahres über den Akten noch volles Geheimnis lag, ritt auch der preußische Justizminister noch auf feurigem Rosse keck in die Arena des Abgeordnetenhauses und schwang kühn die Waffen gegen die dort nicht anwesenden Sozialdemokraten. Bei der zweiten Interpellation im Abgeordnetenhause über Königsberg, am 10. Dezember vorigen Jahres, ritt er freilich nur noch einen recht abgezehrten Klepper (Heiterkeit), um, nach seinem eigenen Ausdruck, ein „Sündenbekenntnis" abzulegen. Darüber später. Zunächst sei dem Reichskanzler gegenüber festgestellt: Wenn je ein Prozeß symptomatisch war für Deutschland und die deutsche Rechtspflege, so war es dieser. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es handelt sich nicht um juristische Meinungsverschiedenheiten, sondern darum, wie

ohne die geringste Gewissenhaftigkeit

ein politischer Prozeß eingeleitet worden ist, wie unter Verletzung von Recht und Gesetz 9 Angehörige des deutschen Reiches monatelang in Untersuchung gehalten worden sind, wie die deutsche Regierung das absolutistische russische Reich angefleht hat, Strafantrag zu stellen und wie es von russischen Vertretern auf deutschem Boden die ärgste Verhöhnung deutscher Behörden ruhig hingenommen hat. (Sehr gut! bei den Soz.) Im Februar v. J. hat der Justizminister zum Schaden der Angeklagten im Abgeordnetenhause wiederholt behauptet, ein nicht unerheblicher Teil der von ihnen verbreiteten Schriften sei hochverräterischen, anarchistischen Inhalts. Die Zitate, die er zum Beweise vortrug, waren so unvollständig, daß man den Eindruck gewinnen mußte — sie seien gefälscht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber unter den tausenden von beschlagnahmten Schriften war auch nicht eine anarchistische. (Hört, hört!) Das hat die Staatsanwaltschaft dem Prozeß offen eingeräumt und die Verteidigung ersucht, im Plädoyer diese Frage nicht erst zu behandeln, weil hochverräterische Schriften ganz sicher nicht in der Masse vorhanden seien. (Hört, hört! links.) Und doch war der Anarchismus das Schreckgespenst, mit dem der Reichskanzler, der Justizminister, der Minister des Innern, die Abgeordneten im Landtage und hier gruselig gemacht haben. Gerade damals, im Februar, glaubt der Justizminister sich einen ausgezeichneten Abgang zu sichern, als er damit schloß, daß die Sozialdemokratie hier den Anarchismus fördere. Das machte Eindruck, weil gewisse Herren, wenn sie nur das Wort Anarchismus hören, sofort von einer Gänsehaut überlaufen werden und jede Ueberlegung verlieren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber weder der Staatsanwalt in Königsberg in der Anklageschrift, noch der Justizminister in seiner langen Rede vom 10. Dezember hat das Wort Anarchismus auch nur einmal gebraucht. Das Schreckgespenst war ein Phantom, das im Licht der Oeffentlichkeit des Prozesses zerfließen mußte. Und wie war es mit der zweiten Behauptung des Ministers, daß es sich um Schriften hochverräterischen Inhalts handele?

Der Prozeß hat sie als Unwahrheit erwiesen.

(Hört, hört! b. d. Soz.) Das Urteil betont: „Die Ausführungen über die Notwendigkeit des Zarenmordes und einer gewaltsamen Verfassungsänderung sind durchweg völlig allgemein und im wesentlichen theoretisch gehalten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Eine Verschwörung oder eine Beteiligung daran kann aus den Schriften nicht abgeleitet werden." So das Gericht über die wenigen „bluttriefenden" unter den Tausenden von Exemplaren, die übrigens rein historisch und nicht zur Verbreitung bestimmt waren.

Die Einleitung des Königsberger Prozesses ist um so ungeheuerlicher, als sowohl bei der Begründung des § 103 im Reichstage im Jahre 1876, als in den Kommentaren des Strafgesetzbuches die Verwendung des Paragraphen lediglich für Kriegsfälle ins Auge gefaßt ist. Es ist niemand eingefallen, einen Deutschen damit treffen zu wollen, der bei Verbreitung von Schriften, die nur nach ausländischen Gesetzen verboten sind, mitwirkt. Damals, 1876, betonte der Zentrumsredner Abg. Windthorst, daß nichts fataler wäre, als eine Verknüpfung der Politik mit dem Strafrecht. Damals hatten die Herren vom Zentrum die Lieferung von Waffen von deutschen Christen an die aufständische christliche Bevölkerung der Türkei im Auge; hier handelt es sich nur um die Unterstützung liberaler Propaganda aus Gefälligkeit gegen russische Bekannte. Ungeheuerlich war ferner der Prozeß, weil nur einer der Angeklagten überhaupt ein paar Brocken Russisch verstand. (Hört, hört! bei den Soz.) Aber da erklärt man, daß es auf den Inhalt der einzelnen Schriften gar nicht ankomme. Die Angeklagten wußten lediglich von dem Inhalt der Schriften, die sozialdemokratisch, also nur im Sinne des russischen Rechtes revolutionär waren. (Hört, hört! bei den Soz.) Aber der dolus eventualis trieb da eine Blüte wie noch nie: Es sei gleichgiltig, ob die einzelnen Angeklagten hochverräterische Schriften verbreitet hätten, wenn sie nur überhaupt dieser Gemeinschaft angehört haben, von der einige solche Schriften verbreitet hätten. Muß das Ansehen des deutschen Rechtsstandes nicht leiden, wenn so etwas geschieht? (Lebh. Beifall links.) Kaum jemals hat sich ferner die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Vorverfahrens schlimmer gezeigt. Die Geheimniskrämerei, die Zurückstellung des Verteidigers usw. hat sich ganz arg erwiesen. Den Angeklagten sind weder die inkriminierten Schriften noch auch nur die Liste ihrer Titel vorgelegt worden. (Hört, hört! links.) Als der letzte Verhandlungstag kam, stellte es sich heraus, daß während des ganzen Verfahrens den Angeklagten überhaupt kein Belastungsmaterial vorgelegt war! (Hört, hört! links.) Sonst hätte die Verteidigung überhaupt gleich im Anfange die Unhaltbarkeit der Anklage nachweisen können. Der Herr Staatssekretär bedauerte am 10. Dezember, daß sich die Staatsanwaltschaft den authentischen Wortlaut des russischen Gesetzes nicht hatte verschaffen können; aber was nutzte es, wenn wir die inkriminierten Schriften nicht kannten, und also nicht wußten, unter welchen Paragraphen sie fielen. — Aber nicht einmal die Verteidigung glaubte sich mit einer Uebersetzung begnügen zu dürfen.

Wir haben uns das gesamte Material verschafft und uns alle einschlägigen Paragraphen aus dem Russischen übersetzen lassen. Was wir taten, hätten der Justizminister und der Staatsanwalt auch tun müssen (Sehr richtig! b. d. Soz.)

ehe sie die Angeklagten aus Beruf und Familie herausrissen und auf Monate ins Gefängnis setzten.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Auf gefälschten Uebersetzungen erhob sich der schwindelnde Bau dieses Riesenprozesses. Ungeheuerlich geradezu war die Leichtfertigkeit unserer Behörden: auf Grund falscher Uebersetzungen, die freilich das amtliche Siegel des russischen Generalkonsuls deckte, ordnete der Staatsanwalt die Beschlagnahme der Schriften an! (Hört! hört! b. d. Soz.) Daß der Wortlaut entscheidender Gesetze von dem Generalkonsul in drei verschiedenen Uebersetzungen vorgelegt wurde, hätte die Staatsanwaltschaft und das Justizministerium stutzig machen sollen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aber die Staatsanwaltschaft, die sich selbst so gern als die objektivste Behörde bezeichnen läßt, nahm daran keinen Anstoß. Die verdammte Pflicht und Schuldigkeit des Justizministers, der die amtlich übersetzte Ausgabe des russischen Strafgesetzbuches kannte, wäre es gewesen, der Staatsanwaltschaft klipp und klar zu sagen:

Sie arbeiten mit falschen Paragraphen.

Jetzt schiebt man den Referenten vor, der seine Reise antreten wollte! Das Justizministerium konnte also nicht einmal einen Vertreter stellen! Den Verteidigern wurde zum Durcharbeiten einer Anklageschrift in 222 mit der Schreibmaschine geschriebenen Seiten nur **fünf Tage** gegeben. (Große Unruhe bei den Soz.) Einer der Verteidiger verlangte einen Monat und ist abschlägig beschieden worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn die anderen Verteidiger keine Beschwerde erhoben und bereit waren, die Nächte durchzuarbeiten, so deshalb, weil sie im Interesse der Angeklagten, von denen der eine bereits acht Monate in der Untersuchungshaft gesessen hatte, die Verhandlung nicht noch weiter hinausschieben wollten. Ich habe noch nie erlebt, daß ein Gericht sich mit solcher Leichtigkeit über Tatsachen hinwegsetzte. Nur so konnte die Verurteilung in der Frage der Geheimbündelei erlangt werden. Bezeichnender Weise war in dem ausführlichen Protokoll über die Aussage des Kriminalkommissars Wyner kein Wort zu finden. Nach dieser Aussage war der Polizei längst bekannt, daß Schriften von Königsberg aus nach Rußland verbreitet wurden. Es lag aber kein Grund zum Einschreiten vor, weil diese Schriften lediglich sozialdemokratischen Inhalts sind. Damit ist das ganze Märchen von der Geheimhaltung und Geheimbündelei vernichtet. Soweit von Geheimnissen die Rede war, handelte es sich darum, die Schriften vor den russischen Spitzeln zu hüten, die unter der Begünstigung der deutschen Behörden auf deutschem Boden herumschnüffeln. Haben wir doch damit, daß diese Tatsache im Urteil nicht berücksichtigt worden ist, unsere Anfechtung desselben begründet.

Unerhört war, daß zum Vorsitzenden in diesem Prozeß ein Mann ernannt wurde, der erst ganz kurz vorher von dem Posten eines Staatsanwalts in Erfurt nach Königsberg versetzt war. Dabei war bekannt, daß dieser Herr in seiner Tätigkeit als Staatsanwalt die **allergröbsten Angriffe gegen die Sozialdemokratie gerichtet hatte.** (Hört, Hört! bei den Soz.) Dieser Vorsitzende fragte die Angeklagten, ob es ihnen nicht bekannt wäre, daß in der deutschen sozialdemokratischen Presse häufig **Majestätsbeleidigungen** verübt würden. (Hört! Hört! bei den Soz.) Von der Verteidigung aufgefordert, solche sozialdemokratische Blätter zu nennen, lenkte er dann ein.

Es ist ganz klar, daß man aus hochpolitischen Erwägungen heraus Rußland hat **einen Liebesdienst erweisen wollen.** Zum Dank ist man von Rußland geradezu mit Fußtritten regaliert worden. Auf Anfragen erfolgte wochenlang keine Antwort, selbst telegraphische Anfragen blieben von den russischen Behörden unbeantwortet. Die Vernehmung des Kubik verlegte man nach wochenlanger Verzögerung der Antwort auf einen Termin, der lange nach der sicheren Beendigung des Königsberger Prozesses lag. Hat man von deutscher Seite gegen diese schallenden Ohrfeigen irgend wie remonstriert? Hat man verlangt, daß der russische Generalkonsul aus Königsberg entfernt werde? Nein, man steckt all den Schimpf ein (Abg. Bebel: Pour le mérite), und brüstet sich noch als Repräsentant der nationalen Ehre.

überschritt, um auf den Bahnsteig zu gelangen, wurde er von einem einfahrenden Schnellzuge erfaßt und überfahren, der Tod trat alsbald ein.

Vom Standesdünkel. In der Vereinigungsaffäre in Posen wird jetzt bekannt, daß Leutnant Alexander Anders und Klara Riemeyer, mittels gemeinsamer Vergiftung durch Leuchtgas freiwillig in den Tod gegangen sind, weil sich ihrer ehelichen Verbindung unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellten.

Das Dessauer Militär-Zuchthausurteil in der Berufungsinstanz. Am 11. Januar begann vor dem Oberkriegsgericht die Verhandlung gegen das von dem 8. Divisionsgericht in Dessau gefällte Zuchthausurteil. Es ist beabsichtigt, die Verhandlungen in vollster Oeffentlichkeit zu führen.

Das Oberkriegsgericht beschloß, die Mitglieder des Dessauer Kriegsgerichts als Zeugen zu vernehmen, und vertagte zwecks Ladung derselben die weitere Verhandlung bis zum 14. d. M.

Felssturz. Aus Dover wird gemeldet: Westlich von der Warpordenbucht stürzte von der Küste eine große Felsmasse ins Meer, deren Gewicht auf 1½ Million Tonnen geschätzt wird. Es ist dies der größte Felssturz seit 50 Jahren.

Kindertod. Die drei Kinder des Gärtners Walz in Leipzig fanden bei einem Brande, der in der Wohnung in Abwesenheit der Eltern ausbrach, den Tod durch Ersticken. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht ermittelt werden.

Selbstmord des Leibzahnarztes des Kaisers. Großes Aufsehen erregt in der Berliner Gesellschaft der Selbstmord, den Hofrat Dr. Alonso H. Sylvester, der Leibzahnarzt des Kaisers, begangen hat. Er hat sich Dienstag Vormittag in seiner Wohnung eine Kugel in die Schläfe geschossen und war sogleich tot. Dr. dental surgery Sylvester hat eine glänzende Karriere gemacht. Vor etwa 35 Jahren kam er, so erzählt die „Berl. Mrgpst.", damals ein einfacher Zahntechniker, nach der Reichshauptstadt und wurde Assistenzarzt bei dem ersten amerikanischen Zahnarzt in Berlin, Dr. Abbott. Als Abbott starb, ließ sich Sylvester selbständig nieder, und obgleich er keine deutsche zahnärztliche Bildung besaß, gelang es ihm doch sehr bald, eine glänzende Praxis zu erwerben. Er hatte das Glück, bei einem Aufenthalt in einem Badeorte dem Kaiser persönlich bekannt zu werden, wurde darauf Hofzahnarzt, und nachdem er die Kaiserin von einem schmerzhaften Zahnleiden befreit hatte, königlicher Leibzahnarzt. Nun umfaßte seine Praxis nur noch die oberen Zehntausend, die die von ihm geforderten enormen Honorare bezahlen konnten. Sein Einkommen soll noch in der letzten Zeit, wo es schon nachgelassen hatte, 150,000 Mk. pro Jahr betragen haben. Er führte ein überaus glänzendes Haus, spielte eine große Rolle in der Gesellschaft, besaß eine Villa in Heringsdorf, seine eigene Jacht und ein Automobil, wie er sich überhaupt in allen Sportzweigen bewegte. Auch zu Theater- und Künstlerkreisen unterhielt er rege Beziehungen. Allmählich litten jedoch seine finanziellen Verhältnisse, da er in dem Klub, in dem er verkehrte, große Spielverluste, die mit zirka 100,000 Mark beziffert werden, hatte, und seine, durch ein kostspieliges Liebesverhältnis mit einer bekannten und beliebten Schauspielerin, zu einer extravaganten Höhe gesteigerten Ausgaben selbst die hohen Einnahmen überstiegen. Hierzu kam auch, daß ein Teil seiner Praxis an Assistenten, die sich selbständig machten, überging. Sein erster Assistent, Dr. Whatson, durch den er seine Praxis fast ausschließlich besorgen ließ, hatte sich von ihm getrennt. Die Kaiserin, die sich weiter der Behandlung Whatsons anvertraute, verlor er damals als Patientin, und mit ihr zugleich ging ein großer Teil seiner Klientel fort. Der Kaiser dagegen blieb dem Arzte treu, ebenso die Prinzen. Zuletzt mußte er mit seinen Gläubigern ein Uebereinkommen treffen, wonach etwa zwei Drittel seiner Jahreseinnahme ihnen zur Verfügung gestellt wurden. Angeblich blieben ihm noch 50,000 Mark pro Jahr. Von anderer Seite wird noch mitgeteilt, daß er seit Jahr und Tag mit einem seiner Assistenten einen Prozeß führte, dessen Objekt mehrere Hunderttausende betrug, und der dementsprechend große Kosten verursachte. In letzter Zeit soll nun ein für Dr. Sylvester ungünstiges Urteil ergangen sein, durch das er geradezu ruiniert worden wäre. Diese mißlichen Verhältnisse, zu denen noch ein körperliches Leiden kam, verdüsterten sein Leben. Nachdem ein Influenza-Rückfall und eine Lungenentzündung ihn körperlich sehr heruntergebracht hatten, kam er zu dem Glauben, daß er unheilbar sei, und griff in einem Anfall von Schwermut zur Waffe. An sein Totenbett eilten, da er von seiner zweiten Frau geschieden ist und seine Tochter in Kalifornien weilt, nur Freunde und Bekannte. Dr. Sylvester hat ein Alter von 60 Jahren erreicht.

Typhusepidemie. In dem Dorfe Schaune bei Stettin sind durch verunreinigtes Trinkwasser zahlreiche schwere Typhuserkrankungen verursacht worden. Die Behörde hat die Untersuchung bereits eingeleitet. Bei dem ersten Bataillon des hier liegenden 18. Infanterie-Regiments in Landau sind fünf Typhusfälle und 18 typhusverdächtige Erkrankungen vorgekommen. Die Ursache der Infektion ist noch nicht festgestellt, alle Vorsichtsmaßregeln sind getroffen.

Wo ist der Bräutigam? Der in Berlin beschäftigte Arbeiter Fritz Lehmann aus Strausberg sollte in der dortigen Kirche mit seiner Braut, der unverehelichten Minna Maßuthe, getraut werden. Die Trauung konnte jedoch nicht vollzogen werden, weil der Bräutigam spurlos verschwunden ist. Der Bräutigam hatte noch lustig Polterabend gefeiert, die Nacht in der Wohnung seiner Eltern zugebracht und diese am anderen Morgen mit den Worten verlassen: „Jetzt gehe ich zu meiner Braut!" Seitdem ist er verschwunden, sein Verbleib konnte bisher nicht ermittelt werden.

Zermalmt. Von dem Schnellzuge Berlin-Köln überfahren und getötet wurde in Rathenow der 18jährige Gewehrarbeiter Otto Preuß. Der junge Mann überschritt am Grünauer Weg den Bahnkörper, um sich nach der jenseits des Bahndammes gelegenen Fabrik zu begeben, ohne zu bemerken, daß der Schnellzug mit voller Geschwindigkeit herangebraust kam. P. wurde von der Maschine erfaßt und sein Körper buchstäblich zermalmt. Ob jemanden Verschulden an dem schrecklichen Unfall trifft, konnte noch nicht festgestellt werden.

Daß man auch ohne Alkohol vergnügt sein kann, zeigte eine Festlichkeit, die der Deutsche Arbeiter-Abstinentenbund am Sonnabend im großen Saale des Berliner Gewerkschaftshauses abhielt. Künstlerische Leistungen, unter denen wir die Rezitationen des Fräulein Marie Holgers nennen, gaben dem Winterfest die rechte Weihe; den Mittelpunkt des Abends bildete aber die von unserem Parteigenossen Simon Katzenstein gehaltene Festrede. In markigen Worten wies Katzenstein auf die Verwüstung hin, die der Alkohol in sozialer und gesundheitlicher Hinsicht anrichtet, und forderte die Anwesenden auf, mutig und unbeirrt den Kampf gegen Dummheit und Vorurteil aufzunehmen. Rauschender Beifall lohnte den Redner. Im ganzen nahm das Fest einen schönen und harmonischen Verlauf und lieferte den Beweis für die Binsenwahrheit, daß die Geselligkeit ohne Alkohol nicht im geringsten leidet.

Ein Hund als Zeuge. Der eigenartige Fall, daß ein Hund als Zeuge vorgeladen wird und auch „Zeugengebühren" erhält, ereignete sich anläßlich einer Verhandlung vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin. Angeklagt war der Möbelpolier Max Steuer wegen Diebstahls im Rückfalle. Steuer, der aus dem Tegeler Gefängnis vorgeführt wurde, ist bereits vielfach vorbestraft. Am 17. August v. J., Nachts, beobachtete der Schutzmann Tischereit in der Nähe des Bahnhofs Börse den Angeklagten, welcher einen wertvollen Boxhund an einer Leine hinter sich her zog. Dies kam dem Beamten verdächtig vor, er hielt St. an und fragte ihn nach der Herkunft des Hundes. Da sich der Angeklagte in Widersprüche verwickelte, wurde er sistiert. Die Ermittelungen über die Herkunft des Hundes ergaben, daß er zwei Tage vorher dem Gastwirt Jung in Schlachtensee gestohlen worden war. Steuer behauptete vor Gericht, den Hund in der Bülowstraße als „herrenlos" aufgegriffen zu haben, während er dem Schutzmann gegenüber andere Angaben gemacht hatte. Da der Boxhund namens „Peter" vor Gericht zu Rekognitionszwecken erforderlich war, so mußte Zeuge „Peter" allerdings nicht auf der Zeugenbank, sondern unter dieser platznehmen. Gleichzeitig mußte Zeuge „Peter" auch noch in der Zeugenliquidation vermerkt werden, da sein „ständiger Aufenthaltsort" Schlachtensee ist und er bezw. sein Herr somit Eisenbahnfahrgeld zu beanspruchen hatte. „Peter" hätte es vielleicht nicht ungern gesehen, wenn ihm auch eine „Wegzehrung" in Gestalt einer Wurst bewilligt worden wäre.

Erst wird für die angebliche Kollisionsgefahr kein Grund angegeben und dann muß sie selbst wieder als Grund, für einen Fluchtverdacht herhalten. Als weiterer Fluchtverdacht gilt die Nähe der russischen Grenze! (Große Heiterkeit im ganzen Hause!) Bei der Anrechnung der Untersuchungshaft sind auch die größten Ungerechtigkeiten vorgekommen. Kugel saß 8½ Monate in Untersuchungshaft. Als man nach 8 Monaten im Gericht wußte, daß man Kugel niemals wegen Hochverrats, sondern höchstens zu 3 Monaten verurteilen könne, da wurde unser Antrag, ihn aus der Untersuchungshaft zu entlassen, trotzdem nicht angenommen. (Hört, hört! bei den Soz.) Nowagrotzki hat 5½ Monat in Untersuchungshaft gesessen, aber es werden ihm nur 1½ Monate angerechnet! Als Grund dafür wird angegeben, daß die Angeklagten gelesen haben, jenem angeblichen Geheimbund angehört zu haben, den es in Wirklichkeit gar nicht gegeben hat. Dem Nowagrotzki wurde auch ein Strick daraus gedreht, daß er auf dem Zollamt sich den Spaß erlaubt hat, zu sagen: für die Heilsarmee seien die Schriften nicht. Ein Verschwörer selbst wird doch nicht so offen zur ordentlichen Prüfung angeblich hochverräterischer Schriften aufzufordern! — Als die Berichterstatter der bürgerlichen Blätter dieses Alles miterlebt hatten, ging ein Schrei der Entrüstung durch die deutschen Lande, bis in das Zentrum und in die Freikonservativen hinein. Die Konservativen sind ja auch in der Vergangenheit

für Rechtsbrüche der Regierung

eingetreten. (Unruhe rechts, lebhafter Beifall links.) — Rußland befindet sich heute schon im Zustande der Revolution, an der nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Gebildeten und die Industriellen teilnehmen. Und **für dieses Rußland „legt man sich ins Zeug, wirft man sich in den Staub, läßt man sich Ohrfeigen geben, ohne mit der Wimper zu zucken!"** (Sehr wahr! links.) — Ein abschließendes Urteil kann erst gefällt werden, wenn das Urteil rechtskräftig sein wird. Wünschenswert wäre es, wenn bis dahin ein neuer Geist in unsere Ministerien einzieht, damit Deutschland sich fernerhin nicht vor dem Zaren in den Staub wirft. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Burlage** (Zentrum):

Es wäre die erste Pflicht des Königsberger Gerichts gewesen, eine unparteiische Uebersetzung der gesetzlichen Bestimmungen zu verschaffen. (Sehr richtig! im Zentr. und links). Man hat es im Königsberger Prozeß zu leicht genommen mit der Eröffnung des Verfahrens. (Sehr richtig!) Trotz einiger Bedenken gegen einzelne Punkte werden wir für die Resolution Müller-Meiningen stimmen.

Abg. **Himburg** (Konservativ):

Obwohl wir einzelne Forderungen der Resolution für berechtigt halten, können wir für die Resolution im Ganzen nicht eintreten. Wir können ruhig mit der Regelung dieser Materie bis zur allgemeinen Revision des Strafgesetzbuches warten. (Lachen rechts.)

Abg. **Bernstein** (Sozialdemokrat):

Mit Recht hat der Abg. Müller-Meiningen auf die Rechtlosigkeit der Ausländer in Deutschland hingewiesen. Die empörende Behandlung der russischen Untertanin Janina Berson steht keineswegs allein. Personen, die ohne jede politische Betätigung ihrem Berufe leben, sehen sich der Willkür der untergeordneten Polizeiorgane preisgegeben. In allen anderen Kulturländern, in Belgien, Dänemark, England usw. sind die Ausländer weit besser geschützt; nirgends liegt dort die Ausweisungsbefugnis in der Hand untergeordneter Polizeiorgane. Wir müssen dafür sorgen, daß die Ausländer in Deutschland nicht schlechter behandelt werden als die Deutschen im Auslande. Wir wollen für die Resolution Müller-Meiningen stimmen, werden aber bei einem späteren Titel noch eine weitergehende Abänderung beantragen. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Lenzmann** (Freisinnige Volkspartei):

Der Staatssekretär hält die Stunde für ungeeignet, über einen schwebenden Prozeß zu verhandeln. Ich glaube, die Stunde war schon recht, aber der Vertreter des Reichskanzlers ist recht ungeeignet, ihn in solchen Dingen zu vertreten. (Heiterkeit links.) Wenn Unrecht geschieht, so muß gleich dagegen protestiert werden, nicht erst nach zehn Jahren. An dem Urteil haben wir keine Kritik geübt, sondern daran, daß der Prozeß nicht auf dem Boden des Rechts, sondern auf dem der **Rechtsbrechung** eingeleitet worden ist. Ich behaupte, daß das russische Gesetz der deutschen Regierung bekannt war und daß die Uebersetzung erst ad hoc in der bekannten Fassung hergestellt worden ist. (Hört, hört! links.) Wenn der Staatssekretär sich nicht für geeignet hält, solche Zustände zu beseitigen, so empfehlen wir ihm baldigst zurückzutreten. Die verbündeten Regierungen wollen uns ihre Verachtung der Sache dadurch ausdrücken, daß weder der Reichskanzler noch der preußische Justizminister anwesend sind. (Hört, hört! links.) Es muß ein Ende gemacht werden, mit der Liebedienerei gegen ein Land, das in der Reihe der Kulturstaaten nicht mehr genannt zu werden verdient. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär **Dr. Nieberding**:

Ich lege im Namen des Reichskanzlers entschieden Verwahrung dagegen ein, daß hier in dieser Weise von einem Staate gesprochen wird, mit dem uns wichtige internationale Interessen verbinden. Aha! und Lachen links.) — Sehr richtig! rechts.) Was würden Sie sagen, wenn in dieser Form in einem Parlament des Auslandes über das Deutsche Reich gesprochen würde? (Abg. **Stadthagen**: Im russischen Parlament? Heiterkeit.) Der Reichskanzler hat das Recht, sich durch die Staatssekretäre vertreten zu lassen. Er kann namentlich in dem jetzigen Stadium seiner Geschäfte nicht zu jeder Reichstagsverhandlung erscheinen. (Lachen bei den Soz.)

Was die Abwesenheit des preußischen Justizministers betrifft, so ist es das Recht jedes Bundesratsbevollmächtigten, hier zu erscheinen oder nicht. Der preußische Herr Justizminister hat im Abgeordnetenhause ausführlich dargelegt, welches der Sachverhalt im Königsberger Prozesse (Abg. **Bebel**: nicht gewesen ist. Heiterkeit und sehr richtig! bei den Soz.) gewesen ist, er ist nicht verpflichtet, hier nochmals zu erscheinen.

Wenn der Herr Lenzmann das Königsberger Urteil eine Rechtsverletzung genannt hat, so muß ich gegen diese Verunglimpfung eines deutschen Gerichtshofes entschieden Verwahrung einlegen.

Damit schließt die Debatte über die Resolution Müller-Meiningen-Haußmann.

Persönlich bemerkt Abgeordneter **Lenzmann** (frs. Vpt.): Ich habe nicht das Urteil im Königsberger Prozeß sondern die Einleitung des Verfahrens als rechtswidrig bezeichnet. Das ist ganz etwas anderes.

Die Abstimmung über die Resolution wird bei der dritten Lesung vorgenommen werden.

Das Haus fährt fort in der Generaldebatte über den **Etat der Justizverwaltung** beim Titel „Staatssekretär".

Abg. **Erzberger** (Zentr.): Noch keiner der Resolutionen, die wir im vorigen Jahre, zum Teil einstimmig, bei diesem Etat angenommen hatten, ist vom Bundesrat Folge gegeben worden. So sind wir in der Frage der Entschädigungspflicht der Automobilfahrer, die die Schweiz inzwischen befriedigend gelöst hat, nicht einen Schritt vorwärts gekommen. Die Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker ist noch nicht erfolgt und als Antwort auf unsere Forderung der Selbstbeschäftigung und -Beköstigung wegen politischer Vergehen Verurteilter haben wir in jüngster Zeit den Fall Hüffener erlebt, der einen Schrei der Entrüstung in der ganzen Bevölkerung hervorgerufen hat. Ueber die Konkurrenz der Zuchthaus- und Gefängnisarbeit klagt das Handwerk nach wie vor. Wir fordern deshalb jetzt die Regierung auf, uns alljährlich eine Statistik über die Art und Ausbreitung der Gefängnisarbeit vorzulegen. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. **Nieberding**: In der Frage der Haftpflicht der Automobilführer sind die Erwägungen über den geeigneten Weg weit vorgeschritten, aber die Initiative müssen wir der preußischen Regierung überlassen. Die Vorlage zur Bauhandwerkerfrage liegt dem preußischen Staatsministerium vor; findet sie deren Zustimmung, so wird sie dem Bundesrat zugehen. Die Resolution betr. die Behandlung politischer Gefangener habe ich der Strafprozeß-Kommission überwiesen. Für den Fall Hüffener ist die Militär-Verwaltung verantwortlich. Ueber die Gefängnisarbeit wird gegenwärtig eine Statistik aufgestellt. Ob wir die große Arbeit einer solchen Statistik jährlich werden leisten können, ist eine große Frage.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 5½ Uhr.

Japan und Rußland.

Wieviel kostet Rußland der Verlust der Port Arthur-Flotte?

Ueber diese Frage läßt sich eine Privatkorrespondenz folgendermaßen aus:

Mit der Kapitulation Port Arthurs ist auch der schäbige Rest der stolzen Port Arthur-Flotte für Rußland endgiltig verloren gegangen. Der Gesamt-Verlust beläuft sich auf mehr als 100 Millionen Rubel. Interessant ist die Aufstellung der Kosten einiger besonders hervorragender Kriegsschiffe. So kostete: „Retwisan" 10,695,518 Rubel, „Pereswet" 10,441,655 Rubel, „Pobjeda" 10,100,000 Rubel, „Petropawlosk", „Poltawa" und „Sewastopol" je 8,074,409 Rubel, „Bajan", 6,900,689 Rubel, „Pallada" 5,726,313 Rubel, „Bojarin" 3,391,024 Rubel. Im Moment der Kriegserklärung betrugen die Kosten der auf allen Schiffen sich befindlichen Munition 5,762,936 Rubel. Schon aus dieser Zusammenstellung ist zu ersehen, welch enormen Verlust Rußland davongetragen hat.

Partei-Angelegenheiten.

Die sozialdemokratische Partei Spaniens im Jahre 1904. Hart, aber erfolgreich war die Arbeit, auf welche die sozialistische Arbeiterpartei Spaniens im vergangenen Jahre zurückblicken kann. In keinem anderen Jahre ihres Bestehens hat sie so befriedigende Erfolge zu verzeichnen gehabt, als im Jahre 1904. Die Propaganda ist äußerst wirkungsvoll und lebhaft betrieben worden. Die sozialistischen Ideen wurden bis in die kleinsten Ortschaften verpflanzt, wo man den Sozialismus bis dahin kaum dem Namen nach kannte. Die Anhänger, die infolge zweier großer Propagandareisen in Andalusien und Castilien der Partei zugeführt wurden, belaufen sich auf über 40,000, darunter 35,000 Landarbeiter. Der Erfolg dieser Propaganda muß daher als über alles Erwarten vorzüglich bezeichnet werden. Daß die Maifeier der spanischen Arbeiterschaft, namentlich Madrids, im vergangenen Jahre alle früheren an Großartigkeit und Bedeutung bei weitem übertroffen hat, mußte selbst die bürgerliche Presse zugeben. — Eine zielbewußte Agitation wurde nach zwei Seiten hin in Szene gesetzt. Einmal gegen die unerhörten Uebergriffe seitens der Behörden und Arbeitgeber, die mit gutem Erfolge durchgeführt wurde und in zweiter Linie gegen die Brotverteuerung, die zwar noch nicht beendet ist, doch aber gute Erfolge verspricht. Den Streikenden während des verflossenen Jahres wurde die moralische und materielle Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft im weitesten Maße zu teil und hat diese erfreuliche Solidarität nicht zum wenigsten zu der siegreichen Beendigung des großen Weberstreiks in Bejar beigetragen. — Auch bedeutende politische Triumphe hat die sozialistische Partei im Jahre 1904 zu verzeichnen. Einmal die Wahl von Arbeitern in das Institut für soziale Reformen und in zweiter Linie die Durchbringung des Gesetzes der Sonntagsruhe. — Die sozialistische Jugend, die sich mit wahrem Feuereifer die Verbreitung der sozialistischen Lehren angelegen sein läßt, zählt bereits 70 Gruppen mit mehr als 3000 Mitgliedern. Schon aus diesen Zahlen kann man die gewaltige Zunahme der sozialistischen Partei ersehen. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß die Taktik der Partei streng nach den auf dem internationalen sozialistischen Kongreß in Amsterdam gefaßten diesbezüglichen Beschlüssen durchgeführt wurde.

Arbeiterbewegung.

Der italienische Gewerkschaftskongreß ist am Freitag in Genua zusammengetreten. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat den Genossen Legien als Vertreter dahin entsandt. Dieser begrüßte den Kongreß, indem er darauf hinwies, daß der internationalen kapitalistischen Klasse die international organisierte Arbeiterschaft entgegengestellt werden müsse. Immer fester müsse der Zusammenschluß der Arbeiterschaft aller Länder werden, damit sie den vielen und mächtigen Feinden eine starke Macht entgegenstellen kann. Wir werden, wenn die Berichte vollständig vorliegen, über den Kongreß weitere Nachrichten bringen.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 12. Januar.

* **Vom Neuroder Streik** kann das Breslauer Scharfmacherorgan, die „Schlesische Zeitung", freudestrahlend folgende Nachricht beingen:

Die Abordnung aus dem Neuroder Revier, die vor acht Tagen im Oberbergamte zu Breslau erschien, um Gehör beim Berghauptmann nachsuchte und dann diesem die Bitte vortrug, die Bergbehörde möchte sich der Entlassenen doch noch einmal annehmen, hat sich bald nachher, da der Berghauptmann die Erfüllung der Bitte in Aussicht gestellt hatte, auch bei dem Revierbeamten Bergrat Laske in Waldenburg eingefunden und diesem die Forderungen der in den Ausstand eingetretenen Bergleute unterbreitet und zu Protokoll gegeben. Der Revierbeamte hat diese — wie wir hören, recht weitgehenden — Forderungen der Direktion der Neuroder Kohlen- und Tonwerke übermittelt, und diese hat nunmehr erklärt, **daß sie jede weitere Verhandlung ablehne**. Sie hat sogar dem Revierbeamten anheimgegeben, von weiterer Vermittelung Abstand zu nehmen, weil sie ihren Betrieb anders einzurichten gedenke.

Es ist wertvoll, gegenüber allen scharfmacherischen Hetzereien festzustellen, daß die Direktion des Zentrums-Grafen Magnis jedes Entgegenkommen verweigert. Das wird dem Zentrum in Neurode dauernd den Boden abgraben. Für solches Agitationsmaterial können wir aufrichtig dankbar sein.

* **Für die Verpfaffung der Volksschule** machte eine in Ratibor von den Schwarzen zusammengetrommelte Versammlung von angeblich 2500 Personen lebhaft Propaganda. Natürlich fehlte dabei nicht der Landtagsabgeordnete Ziesché-Breslau, der einer Resolution folgenden Inhalts seinen Segen gab:

„Die im Lex'schen Saale versammelten etwa 2500 katholischen Männer Ratibors erklären hiermit einstimmig: 1) daß sie die Konfessionsschule für die beste Form der allgemeinen Volksschule halten, 2) daß sie darum auf der Forderung einer gesetzlichen Festlegung des konfessionellen Charakters der Volksschule beharren."

Erfreulicherweise wird durch derartige Zustimmungen das Schul-Kompromiß der Konservativen und Nationalliberalen noch mehr diskreditiert.

* **Die Schulentlassungen Ostern 1905.** Die Unzuträglichkeiten, welche sich in schultechnischer wie in sozialer Beziehung ergeben haben, wenn das Osterfest, wie in diesem Jahre (23./24. April), auf einen erheblich über den 1. April hinausgehenden Termin fällt, veranlassen die Abteilung für Kirchen- und Schulwesen der Regierung zu Breslau, anzuordnen, daß die vor dem Jahre 1895 giltige Ordnung, nach welcher ohne Rücksicht auf die Lage des Osterfestes das alte Schuljahr am 31. März zu schließen und das neue am 1. April zu eröffnen ist, von nun an wieder in Kraft tritt. Danach sind diejenigen evangelischen Schulkinder, welche an einem Sonntage im Monat März konfirmiert werden, am Sonnabend vorher aus der Schule zu entlassen, vorausgesetzt, daß die sonstigen für ihre Entlassung zum Ostertermine in Frage kommenden Bedingungen erfüllt sind.

† **Der Ortskrankenkassenverband** hielt am Mittwoch im „Gewerkschaftshause" eine Sitzung ab behufs Auszahlung des Aerztehonorars. Nachdem vom Rendanten Kirchhoff erstatteten Kassenbericht für das vierte Quartal 1904 sind an die Verbandsärzte **12,702.60 Mark**, an die Spezialärzte **2,258.24 Mark**, für Familienbehandlung **2674 Mark**, zahnärztliche Behandlung 76.40 Mark und für Verwaltungskosten 564.56 Mark, im ganzen **18,275.80 Mark** ausgezahlt worden. Die Gesamtzahl der behandelten Fälle beträgt 8124. Die Zahl der Mitglieder der dem Verbande angehörenden Kassen beträgt 28,228, die Zahl der Verbands- und Spezialärzte 35. An die Aerzte wurden die neuen Verträge für das Jahr 1905 ausgegeben. Der Vorsitzende, Kollege Wittke, begrüßte die erschienenen Aerzte und gab dem lebhaften Wunsche Ausdruck, das neue Jahr möchte nicht ein Jahr des Kampfes, wie es das Vorjahr war, sondern ein Jahr des Friedens werden. Die Aerzte begleiteten diesen gewiß berechtigten Wunsch mit ihrem Beifall. Rendant Bergmann erwähnte alsdann die neue, seit Neujahr eingeführte Einrichtung der Verbandskrankenkontrolleure, wobei er den Wunsch aussprach, es möchten diejenigen Kassen, die sich der einheitlichen Krankenkontrolle noch nicht angeschlossen haben, nicht säumen, den Anschluß zu vollziehen. Ueberhaupt plaidierte er für die obligatorische Einführung derselben. Hierüber entstand eine längere Diskussion. Kollege Scholich erhob die obligatorische Einführung zum Antrage und begründete denselben eingehend. Der Vorsitzende erklärte den Antrag für nicht opportun, da er in die Rechte der Kassen eingreife. Von Peterhansel und Thater wurde er in dieser Ansicht unterstützt. Ohla und Rendant May waren gegen den Antrag, während Mache für denselben eingenommen war. Bergmann bemerkte, daß der Verband mit Annahme des Antrages den gesetzlichen Boden keineswegs verlassen würde. Von anderer Seite wurde betont, daß man mit der gemeinschaftlichen Kontrolle erst Erfahrungen sammeln müsse; ergebe sich, daß sie den Erwartungen entspricht, dann werden sich die Kassen von selbst melden. Schließlich kam man überein, diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen.

* **Aus dem Kunstgewerbe-Museum.** Im Lichthofe des Museums sind zur Zeit die Neuerwerbungen der letzten Monate ausgestellt. Am reichhaltigsten wurde die schlesische Goldschmiedekunst bedacht. U. a. wurden dem Museum zwei sehr interessante Tafelgeräte in Form von Truthähnen gestiftet, Arbeiten des Breslauer Renaissance-Goldschmiedes Joachim Hisler, durch Vermächtnis fiel dem Museum eine größere Anzahl schlesischer Silberarbeiten des 18. Jahrhunderts zu. Ein Trinkhorn mit gotischer Fassung wurde aus dem zoologischen Museum überwiesen und stammt wahrscheinlich aus einem alten schlesischen Kloster. Die Gläsersammlung wurde u. a. durch eine Kollektion emaillierter Gläser aus der Fleischerinnung in Friedland, Bezirk Breslau, bereichert. Neben einigen Krügen, Kuffen und einem Wasserbehälter von 1553 wurde die keramische Abteilung durch eine Anzahl schlesischer Fayencen vermehrt. Weiter befinden sich unter den Neuerwerbungen einige Miniaturen von Knoefpelle und mehrere Stammbuchblätter des Johann George Wangner, dem Illustrator des Stammbuches des David Jänisch, ferner ein Fächer, mehrere antike Tongefäße, ein Türklopfer vom Haus Ring 12, eine Sänfte des 18. Jahrhunderts aus Landeck. Eine Draisine, die Vorläuferin des Fahrrades, wurde durch den Schlesischen Automobilklub gestiftet.

* **Humboldtverein für Volksbildung.** Der erste großen Volksunterhaltungsabend des Jahres 1905 wird am Donnerstag, den 19. d. M., 8 Uhr, im großen Saale des Konzerthauses stattfinden. Wie in jedem Jahre eine dieser Veranstaltungen unserer engeren Heimat geweiht ist, so wird auch der nächste unter dem Gesamttitel: „Oberschlesien" durch Vortrag, Gesang, Rezitation die Hörer im Geiste in jenen interessanten Teil unserer Provinz versetzen. Der Zutritt ist jedermann für 10 Pfennig (an der Kasse 20 Pfennig) gestattet.

* **In der Affäre Hasse** ist eine weitere Verhaftung erfolgt. In Dresden wurde der aus Breslau stammende 18jährige frühere Schreibergehilfe Günz festgenommen und ins Berliner Untersuchungsgefängnis gebracht. Günz wird der Teilnahme an den Erpressungen beschuldigt.

* **Breslau in der Statistik.** Die im Adreßbuch enthaltenen „Statistischen Daten über die Stadt Breslau" sind, wie in den Vorjahren, als Sonderabdruck in kleinem Taschenformat, vom Verlage Graß, Barth u. Co. (W. Friedrich) ausgegeben. Sie sind eine kleine Sammlung wichtiger und neuer auf Breslau bezüglicher Angaben von allgemeinem Interesse. In den Abschnitten 1 bis 7 und 13 sind Angaben über allgemeine Verhältnisse (Bevölkerung, Wohnungen, Gewerbe, Verkehr, Preise, Konsum, Wahlen), in den übrigen Abschnitten solche über Unterrichts- und Armenwesen, Finanzen und Steuern sowie über die Ergebnisse anderer Verwaltungszweige enthalten. Im Anhang befinden sich die Hauptergebnisse der letzten Volkszählung für umliegende Ortschaften, schlesische und andere Städte.

* **Ueberfahren.** Am 10. d. M., Abends, wurde auf der Gräbschenerstraße ein Maler durch eine Equipage überfahren, wodurch er eine Verrenkung des linken Fußgelenks erlitt.

* **Des Lebens überdrüssig.** Am 10. d. M., Mittags, sprang ein Arbeiter bei der Matthiaskunst in die Oder. Ein unbekannter Mann zog den Lebensmüden wieder ans Land, worauf dieser zunächst im Polizeigefängnis untergebracht wurde.

* **Feuer.** Am 10. d. M., Abends, wurde die Feuerwehr nach Morgenau 12 gerufen, wo in einer Dachkammer ein Sofa, ein Tisch und Gardinen in Brand geraten waren. Nach einstündiger Tätigkeit war jede Gefahr beseitigt. — In einer Wohnung Oderstraße Nr. 13 wurden durch aus dem Ofen gefallene glühende Kohlen Betten, Gardinen und Tapeten in Brand gesetzt.

* **Gesucht** wird der Zwangszögling Sophie Ulsig. Das Mädchen hat einem Gastwirt in Auras, den es bereits voriges Jahr bestohlen hatte, am 9. d. M. 400 Mk. und Sachen gestohlen. Aus der Zwangserziehung ist die Diebin entsprungen und treibt sich umher.

* **Vermißt** wird seit dem 15. v. M. der 21 Jahre alte Handlungsgehilfe Peter Niesbara von der Nachodstraße.

* **Schwindler.** Am 9. d. M., Nachmittags, betrat ein etwa 30 Jahre alter Mann einen Bäckerladen auf der Vincenzstraße und kaufte für fünf Pfennige Kuchen, worauf er ein Zehnmarkstück in Zahlung gab. Als 9 Mk. 95 Pf. hingezählt worden waren, strich er dieses Geld sowie das Zehnmarkstück schnell ein und verschwand aus dem Laden. — Am 10. d. M., Vormittags, schwindelte ein junger Mann einem Schulknaben, der für seine Eltern einkaufen ging, auf der Albrechtsstraße eine Mark ab, indem er dem Knaben einredete, er werde für ihn den Einkauf besorgen.

* **Verhaftet** wurde ein Dienstmädchen wegen fortgesetzten Diebstahls.

* **Gestohlen** wurden einem Böttcher von der Matthiasstraße ein Wiegenpferd und einer Dame in einem Geschäft am Mauritiusplatz ein Portemonnaie mit 8 Mk. — In den letzten Wochen sind durch den Schlosser (Monteur) Paul Pohris verschiedene Goldsachen gestohlen und verpfändet worden.

Gestohlen wurden einer Milchausträgerin in einem Hause am Berlinerplatz eine Kanne mit Milch, einem Dienstmädchen von der Neuen Gasse aus dem Schlafraum ein Portemonnaie mit 31 Mk., einem Fabrikbesitzer von der Tiergartenstraße von einem Wagen eine Korbflasche mit zehn Litern Sprit und einer Restaurateurin von der Gellhornstraße mittels Einbruchs aus einem Lagerkeller zwei Achteltonnen Lagerbier.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 10. d. Mts. 40 Personen eingeliefert. — Gefunden

wurden: eine Prizboa, eine goldene Damenuhr. — Abhanden kamen: ein goldenes Kreuz und mehrere Portemonnaies mit Inhalt.

Striegau, 10. Januar. Wahlverein. In der am Sonntag, den 8. d. M., in der „Bierquelle" abgehaltenen gut besuchten Versammlung erstattete der Kassierer den Kassenbericht, welcher von den Revisoren als geprüft und für richtig erklärt wurde. Von dem Kassenbestand wurden 65 Mk. dem Vertrauensmann überwiesen. Bisher war es üblich, daß der Kassierer jedem politisch organisierten durchreisenden Fremden 50 Pf. Ortsgeschenk auszahlte. Da aber vor kurzem ein Durchreisender sich das Geschenk doppelt, vom Vorsitzenden und vom Kassierer, holte, so wurde bestimmt, daß Durchreisende sich erst beim Vorsitzenden des Vereins zu melden haben und laut Anweisung vom Kassierer das Geschenk erhalten. Bei der vorgenommenen Vorstandswahl wurden gewählt: Wilhelm Baudach als Vorsitzender, Paul Bänsch als Kassierer und Hermann Fluske als Schriftführer, als Revisoren Wilhelm Franz und Paul Bieder. Im Verschiedenen gelangte ein für unsere Polizeiverhältnisse charakteristischer Fall zur Kenntnis der Anwesenden. Der hiesige Rabattverein verteilte vorige Woche ein Flugblatt gegen den Konsumverein, auf welchem nur der Drucker, aber keine verantwortliche Person angegeben war. Arbeiter dürfen das nicht! Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Genossen auf, sich zu Ehren unseres verstorbenen Genossen Karl Elsner von den Plätzen zu erheben. Genosse Elsner war schon zur Zeit des Sozialisten-Gesetzes ein eifriger Verbreiter unserer Ideen, war zwei Jahre Vertrauensmann der Steinarbeiter, wurde nach dem letzten Streik 1901 ebenfalls von den Unternehmern ausgesperrt, erhielt später in einem Betriebe Arbeit, wurde aber am selben Tage auf Beschluß der nach Rache dürstenden Steinbruchbesitzer wieder entlassen und ist seitdem nie wieder eingestellt worden. Er war gezwungen, noch in seinen alten Tagen eine Zeit lang in der Fremde sein Brot zu suchen. Die letzten zwei Jahre lebte Genosse Elsner von der Invalidenrente, unterstützt von Zeit zu Zeit von der hiesigen Arbeiterschaft. Trotz seines Alters und der erlittenen Entbehrungen blieb Genosse Elsner bis zu seinem Lebensende seiner Ueberzeugung treu. Ehre seinem Andenken!

Hirschberg, 11. Januar. Verurteilter Straßenräuber. Wegen versuchter Notzucht war vor dem Schwurgericht der Arbeiter Karl Vogt, gebürtig aus Brande, Kreis Falkenberg, angeklagt. Vogt ist jener wahrscheinlich geistes-kranke Mensch, der in der letzten Schwurgerichtsperiode wegen mehrerer Fälle von Straßenraub und Notzucht zu zwölf Jahren Zuchthaus und gestern vom Görlitzer Schwurgericht (s. unten) unter Einrechnung dieser Strafe wegen gleicher Verbrechen zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Hier handelt es sich um ein Verbrechen, das Vogt am 11. Juli v. J. auf der Straße Braunau—Löwenberg an einem Dienstmädchen aus Braunau begangen hat. Das Mädchen leistete dem Angeklagten damals so kräftigen Widerstand, daß er von seinem Vorhaben abstehen mußte. Der Gerichtshof erkannte hierauf auf ein Jahr sechs Monate Zuchthaus. — Da Vogt aber schon das Höchstmaß von 15 Jahren erhalten hat, so ist die Strafe für ihn belanglos.

Ueber denselben Angeklagten wird ferner aus Görlitz berichtet: Die erste diesjährige Sitzungsperiode des Schwurgerichts begann zunächst mit einer Verhandlung gegen den Arbeiter Karl Vogt aus Neukirch, beschuldigt zweier äußerst brutaler Raubanfälle. Am 13. August vorigen Jahres überfiel er auf der Straße zwischen Berteldorf und Thiemendorf die Händlersfrau Walter, die er würgte und ihr acht Mark abpreßte. Die weitere Absicht des wüsten Gesellen, noch ein Notzuchtsattentat an der Frau zu begehen, scheiterte zum Glück daran, daß das Geräusch eines Wagens hörbar wurde. Der Schauplatz des zweiten Attentats, das sich am 3. September vorigen Jahres ereignete, war die Straße nach Hermsdorf gewesen. Frau Stellenbesitzer Müssiggang, eine 45jährige Frau, ebenfalls vom Landauer Markt kommend, wurde von ihm gepackt und rücklings niedergeworfen. Als es der sich kräftig wehrenden und schreienden Frau gelang, sich des Tuches, das er derselben in den Mund zu stopfen versuchte, zu entledigen, griff er zu einer Zuckerschnur, um die Schlinge derselben um den Hals der Frau zu legen. Als die Frau auch dies zu verhindern verstand und die Beraubte in ihrer Angst dem Räuber ihr Portemonnaie mit 1.60 Mark einhändigte, durchsuchte er, sein Opfer am Halse würgend, ihre weiteren Kleidertaschen und fand darin einen Geldbehälter mit 45 Mark, der dem Schwiegersohne der Frau gehörte und den er zu sich steckte. Die Beraubte litt längere Zeit nach dem Ueberfalle an Schmerzen in dem geschwollenen Halse. Der Angeklagte ist seiner beiden Raubattentate offen geständig. Das Gericht erkennt unter Einrechnung des ersten Hirschberger Urteils auf eine Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Auf eine höhere Strafe, so führte der Vorsitzende aus, dürfe, trotzdem die Addition der für die einzelnen Raubfälle eingesetzten Strafen insgesamt 37 Jahre ergeben würden, nicht erkannt werden.

Liegnitz, 11. Januar. Freisinnige Patrioten. Die hiesige Stadtverordneten-Versammlung hat in **nichtöffentlicher Sitzung** zur Hochzeitsgabe der preußischen Städte für den Kronprinzen denjenigen Betrag bewilligt, der nach Maßgabe der Einwohnerzahl auf die Stadt Liegnitz entfallen würde: man berechnet den Betrag auf rund 3000 Mk. — In Liegnitz dominiert bekanntlich der Freisinn. Er hat auch Geld übrig für dynastische Zwecke, genau wie sein Breslauer Gesinnungsgenosse. Das Geld stammt aber nicht aus seiner Tasche, sondern aus dem Säckel der Stadtgemeinde, das die Arbeiter füllen helfen müssen. Die Arbeiter haben daher allen Grund, sich die Taten des Freisinns zu merken.

Liegnitz, 11. Januar. Die Maler, Lackierer und Anstreicher hielten gestern Abend ihre Generalversammlung ab. Als Delegierter zur Generalversammlung in Hamburg wurde der Vorsitzende der Filiale, Karl Löbe, einstimmig gewählt. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1904 ergab eine Einnahme von 190.87 Mk., die Ausgabe beträgt 111.15 Mk., mithin ein Filialvermögen von 79.72 Mk. Dann gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Während am Schlusse des vorigen Jahres die Filiale noch Schulden bei der Hauptkasse hatte, die von einer Verunreinigung unter der früheren Leitung herrührten, sind jetzt vollständig geordnete Verhältnisse eingetreten und die Filiale hat obigen Kassenbestand. Die Mitgliederzahl hat sich im Laufe des Jahres beinahe verdoppelt. Bei der Vorstandswahl wurden Löbe als Vorsitzender, Hermann Beier als Kassierer, Hermann Schottke als Schriftführer und Paul Franzke als Stellvertreter wiedergewählt. Zum Schlusse der Versammlung erinnert der Vorsitzende daran, daß laut Beschluß der letzten Mitgliederversammlung jedes Mitglied zwei Eintrittskarten zum Laube-Vortrag am 23. Januar, auf Kosten der Filiale erhält, und ersucht, recht zahlreichen Gebrauch davon zu machen.

Liegnitz, 9. Januar. Ein kommunales Auskunftsbureau — als Konkurrenzinstitut gegen die auffrischenden Arbeiter-Sekretariate — soll auch hier errichtet werden. Noch voriges Jahr hatte sich der Magistrat gegen ein solches Institut erklärt. Seine Ueberzeugung von der Notwendigkeit desselben erwarb er sich erst, als der Minister eine entsprechende Verfügung erließ. Ueber die Einrichtung des Bureaus teilt der „L. A." mit: „Die Verhandlungen haben nun dahin geführt, daß wahrscheinlich eine Auskunftsstelle für Unbemittelte errichtet werden wird, und zwar im Anschluß an die hiesige Zentralstelle für Arbeitsnachweis. Eine staatliche Subvention wird dann wohl mit Sicherheit erwartet werden können, doch dürfte sie nicht völlig ausreichen, um die entstehenden Kosten zu decken, sodaß auch ein Beitrag der Stadt erbeten werden würde."

Goldberg i. Schl., 11. Januar. Versammlung. Die am 7. d. M. abgehaltene Generalversammlung des Arbeitervereins für Goldberg und Umgegend erfreute sich eines ziemlich zahlreichen Besuchs. Genosse Sommer berichtete in längeren Ausführungen über den Parteitag und betonte, daß ihn der Verlauf des Parteitages vollauf befriedigt hätte. Die Versammlung bekundete dann auch ihr Einverständnis mit den auf dem Parteitage angenommenen Anträgen u. d. mit der Haltung ihres Delegierten.

Zum Geschäftsbericht teilt Genosse Hippe mit, daß im Berichtsjahr 12 Mitgliederversammlungen stattgefunden haben, leider ließ der Besuch derselben manchmal viel zu wünschen übrig und hofft, daß es im neuen Jahr besser werden möge. Volkskalender seien 2900 im hiesigen Bezirk verbreitet. Alsdann gab Genosse Birkenhagen den Kassenbericht, der folgende Posten aufweist:

Einnahme:

Barbestand am 1. Juli	42.61	Mk.
Freiwillige Beitragsmarken	5.00	„
Beitragsmarken 2500 à 10 Pf.	250.00	„
Eintritt von 26 Mitgliedern à 20 Pf.	5.20	„
Restbestände	6.70	„
Sonstige Einnahmen	0.30	„
Summa	309.81	Mk.

Ausgabe:

1967 Beitragsmarken à 10 Pf.	196.70	Mk.
19 Freiw. Beitragsmarken à 10 Pf.	1.90	„
Fahrgeldentschädigung	0.40	„
1 Referat Heider L.	2.00	„
Delegationskosten	4.80	„
Abonnement „Vorwärts"	6.60	„
Delegation zum Provinzial-Parteitag	4.00	„
2 Bücher	1.20	„
Porto des Vorsitzenden	2.70	„
Barbestand am Schluß des Halbjahres	89.51	„
Summa	309.81	Mk.

Der Revisor, Genosse Exner, bestätigt, daß er die Kasse für richtig befunden habe. Bei Punkt Vorstandswahl wurde Genosse Paul Sommer als Vorsitzender, Genosse Birkenhagen als Kassierer, Wilh. Hänsch als Schriftführer, Ryschka und Sydow als Beisitzer und Exner, Ebert und Heyner als Revisoren gewählt. Alle Anfragen in Parteiangelegenheiten sind von jetzt ab an Zigarren-Arbeiter Paul Sommer, Domstraße 668, zu richten.

Bunzlau, 11. Januar. Die Lage der Textilarbeiter. Am Sonntag, den 8. d. M/S. fand im Saale „Drei Kronen" eine öffentliche Frauen-Versammlung statt, mit einem von Frau Tietz-Berlin gehaltenen Referat: „Die Bedeutung der weiblichen Arbeitskraft in der modernen Großindustrie." Die Verhältnisse in der Textilindustrie beleuchtend, führte die Referentin folgendes aus: „Der fortwährenden Verbesserung der heutigen Produktionsmittel, resp. der schnellen Entwickelung Deutschlands als Industrie-Staat, und der, schon durch das Sozialistengesetz bewerkstelligten, schnellen emporquellenden Unternehmerverbände gegenüber, ist die Entwickelung der Arbeiterorganisationen, durch Sozialistengesetz und Polizeischikane erschwert, sehr weit zurückgeblieben. Ebenso auch die praktische soziale Gesetzgebung. Das Vorrücken der weiblichen Arbeitskraft, durch Maschinenverbesserung und vom Kapital unterstützt, (welche als billige Arbeitskraft auf die Existenzbedingungen drückt, und ein Machtfaktor im heutigen Wirtschaftsleben geworden), ist erst in späteren Jahren dem männlichen Geschlecht klar geworden. Daß da, wo Frauenarbeit vorherrschend ist, die Arbeitszeit am längsten, die Löhne am niedrigsten sind, beweist eine am 1. Oktober 1902 aufgenommene Statistik für den Inspektionsbezirk Liegnitz, in welchem in der Textilbranche von 15339 Arbeitern „in 18 Betrieben 183 Arbeiter 9 Stunden und weniger, in 58 Betrieben 1939 Arbeiter 9—10 Stunden, in 142 Betrieben 13218 Arbeiter 10 bis 11 Stunden und darüber arbeiten!" Wobei sich Regierungs- und Gewerberat Ruben unter anderem geäußert: „Es ist auch anzunehmen, daß die Textilindustrie die 10stündige Arbeitszeit längst eingeführt haben würde, wenn in derselben nicht vorwiegend weibliche, sondern wie in der Eisenindustrie hauptsächlich männliche, gelernte Arbeiter beschäftigt würden, welche eher im stande sind, berechtigte maßvolle Ansprüche durchzusetzen!" Auch werden die Schlagworte der Unternehmer, „die Industrie ginge bei Arbeitszeitverkürzungen von 11 auf 10 Stunden zu Grunde," durch eine Aeußerung des Gewerberat Ruben entkräftet, welcher sagt: „In Uebereinstimmung mit sämmtlichen Gewerbe-Inspektoren des Bezirks vertrete ich den Standpunkt, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden zweckdienlich und durchführbar ist." Daß auch in der Textilbranche die Nachfrage nun Ueberarbeitszeit am höchsten ist, beweist die Statistik für den Regierungsbezirk Liegnitz, in dem hier 291 Gesuche gegenüber der Nahrungsmittelbranche und Bekleidungsindustrie, wo die Höchstzahl 150 ist, gestellt waren. Die von den Arbeiterorganisationen errichteten Bibliotheken, sowie Vorträge beweisen, daß auch die Arbeiter ernstlich daran gehen, den Proletariern ein besseres Wissen zu ermöglichen, die geistige Quelle zu erschließen, um dann eine bessere Zukunft zu erringen, welches nur durch die Arbeiter selbst resp. durch ihre Organisationen erreicht werden kann. Durch anfängliche Hinweisungen im Häuslichen auf die Existenzbedingungen, werden auch die Frauen nach und nach begreifen, wohin sie gehören mit ihren Arbeitsbrüdern und -Schwestern: „in die Organisationen."

Durch die Diskussion auf Unternehmer-Aussprüche hiesigen Ortes, welche mit Drohungen gegen die Arbeiter vorgehen, aufmerksam gemacht, bespricht Referentin das Statut des schlesischen Textilindustriellen-Verbandes, worin sich der Satz befindet, „daß der Verband nur gegen die Arbeiter-Organisation gerichtet ist!" Darum sei es Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen, sich der Organisation anzuschließen und weiter zu werben.

Neisse, 9. Januar. Gegen die agrarische Gesundheitsschädigung durch minderwertige Milch wendet sich Oekonomierat Strauch in einem längeren Artikel in der „Neisser Zeitung". Der Verfasser hatte schon vor Jahresfrist öffentlich warnend erklärt:

„Wenn in eine Stadt eine solche Vollmilch gelangt, so ist das geradezu ein Skandal, gegen den mit Entschiedenheit Front gemacht werden muß; solche Zustände müssen inhibiert werden."

Durch die Fettbestimmungen war festgestellt worden, daß von 30 Milchproben nur 9 als gut (über 3 Proz. Fett), 8 als mittelmäßig (2,7—3 Proz.), 5 als nicht genügend (2,5—2,7 Proz.) und 9 als schlecht (1,8—2,5 Proz.) angesehen werden konnten.

Aber es half nichts: Nach wie vor liefern die Agrarier minderwertige Milch für teures Geld an die Stadtbewohner, so daß einem die Frage auf die Lippen kommt: Wo ist hier die wachende Behörde?

Wenn man nur bescheidene Ansprüche an die Milch, als eines unserer wichtigsten Nahrungsmittel stellt, darf man doch 2,8 bis 3 Proz. Fett in der Vollmilch verlangen, während sonst doch Normalmilch über 3 Proz. Fett haben soll. Herr Strauch sagt nun: „Es ist, möchten wir sagen, doch wunderbar, daß ca. 200 Milchproben, die von uns in der Umgegend von Neisse im Produktionsort untersucht wurden, fast immer über 3 Proz. Fett enthielten und daß die in Molkereien gelieferte Milch meist ebenso viel oder doch nahezu 3 Proz. Fett besitzt. Wie kommt es nun, daß die Milch, welche die Tore der Stadt Neisse passiert, in vielen Fällen weit weniger Fett aufweist? Wasserzusatz hat wohl in keinem Falle stattgefunden, manche Milch mag aber doch wohl — „etwas" — sagen wir „ein klein wenig" entrahmt worden sein, aber es ist abgerahmte Milch hinzugesetzt worden. Die Städter wollen doch auch Sahne zum Kaffee haben, diese fettreiche Milch kann aber nur durch Entrahmung gewonnen werden, die übrig gebliebene magere Milch ist draußen für die Schweine vielleicht zu gut, für die Stadtleute, die in ihrer Gutmütigkeit alles kaufen, was unter dem Namen „Milch" in den Handel kommt, immer noch gut genug.

Von 35 untersuchten Milchsorten haben 12 über 3 Proz. Fett, 2 Sorten 2,7—3 Proz. Fett, 4 Sorten 2,50—2,70 Proz. Fett und 17 Sorten 1,40—2,50 Proz. (!) Fett, 17 sind als schlecht zu bezeichnen.

Bewundernswert ist die Genügsamkeit der Neisser Hausfrauen, wenn sie ohne ein Wort des Tadels und der Entrüstung eine Milch mit 1,40—2 Proz. Fett kaufen und im Haushalt verwenden, eine solche Tunke ist eine undefinierbare Flüssigkeit, die nur, weil sie weiß aussieht und ein wenig Milchfett besitzt, etwas Aehnlichkeit mit Milch hat; wenn ein so minderwertiges Nahrungsmittel gekauft wird, so verdienen die Käufer es garnicht, besser bedient zu werden. Professor Klein, der die Milch ebenfalls untersucht hat, machte zu diesem Befund eine recht treffende Bemerkung. Er sagt: „Der Fettgehalt der Proben ist auffällig niedrig; die Mehrzahl derselben dürfte wohl nicht von Natur so fettarm sein."

Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß die Behörde der von den Agrariern eingeschmuggelten miserablen Milch eine erhöhte Aufmerksamkeit schenkt.

Gleiwitz, 11. Januar. Hochfeuer auf der Preußen-Grube. Auf der Preußengrube in Miechowitz, der Graf von Thiele-Winckler'schen Verwaltung gehörig, ist Hochfeuer ausgebrochen, und zwar im Trockenraume und allem Anschein nach durch Funken aus der unter dem Trockenraume befindlichen Schmiede. Das Feuer nahm in kurzer Zeit einen solchen Umfang an, daß die Trockenhalle und das anstoßende, vorläufig errichtete Bureau nebst Zechenhaus, ein Raub der Flammen wurden. Sämtliche Geräte und Sachen, darunter 100 wasserdichte Grubenanzüge, die allein einen Wert von 4000 Mark darstellten, kamen, dem „Oberschl. Wand." zufolge, in den Flammen um. Tapfer wie immer, griffen die benachbarten Wehren, die Miechowitzer als erste, dann die Feuerwehren aus Karf, Borsigwerk und Ruda ein; sie beschränkten sich in der Hauptsache auf Erhaltung des Gebäudes, in dem 4 Kraft-Erzeugungsmaschinen sich befinden, das auch vom Feuer verschont blieb. Nach zwei Stunden harter Arbeit war man Herr des Feuers. Durch herabfallende Glassplitter wurden mehrere Arbeiter leicht, Steiger Grutzik am Kopfe schwer verletzt. Gesamtschaden beziffert sich auf viele tausend Mark.

Aus der Provinz Posen.

* **Zu dem Justiz-Irrtum**, von dem wir kürzlich berichteten, wird jetzt dem „Wollst. Tagebl." mitgeteilt:

„Langner war nicht zu zwei Jahren Zuchthaus, sondern zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt. Er ist im Wiederaufnahmeverfahren nicht zu zwei Monaten, sondern zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Langner ist mehrfach vorbestraft und war zur Zeit der ersten Aburteilung auch wegen Betruges mehrmals zu erheblichen Freiheitsstrafen verurteilt. Allerdings lag ein Rückfall im Sinne des Gesetzes nicht vor. Die von Langner verbüßten rund 4½ Monate Zuchthaus sind ihm mit rund 7 Monaten auf die Gefängnisstrafe angerechnet, ebenso die erneute, nach Unterbrechung der Zuchthausstrafe angeordnete Untersuchungshaft. Die Verpflichtung der Staatskasse zu einer etwaigen Entschädigung mußte nach gesetzlicher Bestimmung ausgesprochen werden, aber nicht wegen unschuldig verbüßter Strafe, sondern deshalb, weil Langner in Anwendung eines milderen Strafgesetzes zu einer milderen Strafart verurteilt worden ist.

Abgestritten wird aber nicht, daß der Angeklagte irrtümlich zu Zuchthaus verurteilt worden ist.

* **Allerliebste Zustände** herrschen in Gnesen. Der dortige Magistrat ist gegenwärtig von allen seinen Mitgliedern verlassen. Der erste Bürgermeister Schmidt hat vor mehr als einem Jahre sein Amt niedergelegt. Diese Stelle ist bis heute noch unbesetzt. Der zweite Bürgermeister Putzer, der die letzte Stadtverordnetensitzung wegen Krankheit nicht mehr wahrnehmen konnte, hat jetzt einen Krankenurlaub angetreten. Stadtbaurat Kado, der mit dem zweiten Bürgermeister in Streit geraten war, ist bereits seit sieben Wochen vom Regierungspräsidenten beurlaubt. Am 1. Januar d. J. ist der Gerichtsassessor, Stadtrat Regenbrecht, ebenfalls aus seinem Amte geschieden. Auch der Stadtverordnetenvorsteher, Fabrikbesitzer Rogowski, hat in der stürmischen vorletzten Sitzung sein Amt niedergelegt. Der neue erste Bürgermeister Schoppen wird erst am 14. d. Mts. in sein neues Amt eingeführt werden.

Bromberg. Die Polizeiverwaltung in Culm sandte dem Genossen Stössel in Bromberg ein Strafmandat über 15 Mark, weil er in Culm am 16. November 1904 eine Versammlung abgehalten haben soll, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten, dabei die polizeiliche Anmeldung jedoch versäumt habe. Als Beweismittel führt das Strafmandat an: „Ihre eigenen Angaben und amtliche Anzeige der Polizeiverwaltung Culm vom 21. November 1904." — Am 16. November tagte in Bromberg eine Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins, an der Genosse Stössel teilnahm. Damit wäre der Beweis erbracht, daß Stöffel in Culm an diesem Tage keine Versammlung abhalten konnte. Er hat auch gar nicht daran gedacht. Wieso man zu so einem Strafmandat greifen konnte, ist demnach nicht recht verständlich.

* **Die Arbeiter Schneidemühls** warten vergeblich auf die Errichtung eines Gewerbegerichts, trotzdem die Stadt seit einigen Jahren mehr denn 20,000 Einwohner hat. Nach der letzten Zählung betrug die Einwohnerzahl 21,957. Die Stadtverwaltung hat bei verschiedenen Anlässen betont, daß die notwendigen Schritte zur Errichtung eines Gewerbegerichts unternommen seien, etwas Greifbares ist aber nicht herausgekommen.

Rawitsch, 11. Januar. Wahlverein. Sonntag, den 8. d. M., fand im Lokale des Herrn Pogerselski eine Versammlung des Wahlvereins Rawitsch-Gostin statt. Zunächst wurde die Abrechnung vom vierten Quartal erstattet. Dieselbe ist revidiert und für richtig befunden worden. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Genosse Berude zum Vorsitzenden, Genosse Wuttke zum Kassierer und Morawski als Schriftführer, die Genossen Jörke und Kipper als Beisitzer gewählt. Unter Vereinsangelegenheiten wurde der Antrag eingebracht, die monatlichen Beiträge von 10 Pfg. auf 15—20 Pfg. zu erhöhen. Der Antrag wurde aber nach längerer Debatte bis zur nächsten Quartalsversammlung zurückgestellt, deshalb wäre es Pflicht eines jeden Genossen, zur nächsten Versammlung zu erscheinen. Ferner wurde die Abrechnung von der Verlosung des Weihnachtsbaumes bekannt gegeben, welche einen Ueberschuß von 16.45 Mark ergab, darauf wurde beschlossen, 10 Mark den Neuroder Streikenden und den Ueberschuß dem Parteivorstand zu überweisen. Die Partei-Bibliothek bleibt nach wie vor in den Händen des Genossen Laust und wäre es erwünscht, daß die Genossen recht regen Gebrauch hiervon machen möchten.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Wie die Eisenbahndirektion mitteilt, ist die Strecke Josephinenhütte—Grünthal—Tannwald noch gestört. Aus Schreiberhau wird dazu berichtet: Am Freitag Nachmittag sprang auf dem Bahnhof Ober-Schreiberhau eine Maschine mit allen vier Rädern aus dem Gleise. Erst in der Nacht um 2 Uhr war es nach zehnstündiger Arbeit gelungen, die Maschine wieder in das Gleis zu bringen. Die Strecke nach Grünthal ist noch vollständig gesperrt. Da es seit der Nacht von Montag zu Dienstag wieder fast ununterbrochen schneit und stöbert, ist der Verkehr wahrscheinlich noch auf längere Zeit gestört. Montag Abend gegen 11 Uhr entgleiste oberhalb des Bahnhofs Ober-Schreiberhau der Tender einer Maschine und stürzte um. Zum Glück war der Tender, der den Tag über zum Transport der Bahnarbeiter benutzt wurde, unbesetzt, sodaß kein weiterer Unglücksfall zu beklagen ist. Auch ins Tal hinab nach Petersdorf ist es nur unter der größten Aufopferung des Bahnpersonals möglich, den Verkehr aufrecht zu erhalten. — Nach Beseitigung der Schneeverwehungen hat die Eulengebirgsbahn, soweit der Kreis Frankenstein in Frage kommt, den Betrieb wieder vollständig aufgenommen.

Obmann der Preßkommission:
Paul Dedek, Breslau XVIII, Eichen-Allee 107.
Beschwerden 2c. sind an diesen zu richten.